Freitag, 20. Juli 1923. **Einzelnummer 500 Mark.** **62. Jahrgang. Nr. 161.**

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 17500.—
in den Ausgabestellen 18000.—
durch Zeitungsboten 18500.—
am Postamt ..... 17500.—
Postgebühren besonders
ins Ausland 22500 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ... 400.— M.
Reklameteil 1500.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 400.— p. M.
„ Reklameteil 1500.— p. M.
in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Totentanz.

Nachdem der frohe Optimismus im Finanzministerium verraucht ist, nachdem die Presse aller Schattierungen langsam wieder zur Besinnung kommt, taucht auch wieder die so schwer leidende Mark in unser Bewußtsein. Man hat es mit allerlei Radikalkuren versucht und hat dabei einsehen gelernt, daß man einen Kranken in einer dumpfigen Krankenstube nicht nur mit stark gifthaltiger Medizin allein heilen kann. Wie oft war man bereits zu einer bösen Operation entschlossen, wie oft hat man wieder das Messer abgesetzt und mit dem Finger an der Stirn nach einer neuen Möglichkeit gesucht. Und als man endlich die kranke Mark durch das Devisenverbot in eine tiefe Narkose versetzt hatte, begann man zu schneiden und zu operieren. Heute wissen wir, daß die Krankheit nicht ein Krebsleiden ist, sondern eine sehr komplizierte Tuberkulose. Die Ärzte stehen in tiefer Bewegung am Sterbelager der Mark. Und das einzigartige dabei ist, daß das Fieberthermometer, die Börse, keine Temperatur mehr anzeigt.

Dafür macht sich der drohende Totentanz auf anderen Gebieten um so deutlicher bemerkbar. Die statistischen Ämter haben in der letzten Zeit ihre Beobachtungen und Berechnungen der Fieberkurve veröffentlicht. Leider noch immer nicht für die beiden vergangenen Monate, sondern erst für den Monat Mai. Den statistischen Berechnungen aber liegt das gesamte Wirtschaftsleben zugrunde und diesem Wirtschaftsleben auch die Existenz der Bevölkerung. Jene Kräfte in der Bevölkerung, die durch starke Kapitalien und feste Liegenschaften in der Lage sind keine großen Verluste zu erleiden, sprechen nicht mit, denn ihre Existenz wird ja durch die Güter, die sie besitzen, sei es Fabriken, sei es wertbeständige Papiere, gewährleistet. Aber jene große Menge des Volkes die sich bereits seit Jahren daran hat gewöhnen müssen mit dem zu leben, was der vergangene Tag brachte und was für den neuen Tag längst nicht mehr reicht, die wird langsam von der großen Verzweiflung gepackt, die schließlich mit der Zeit doch auch die stärksten Nerven zermürbt und die kräftigste Gesundheit untergräbt. Wundern wir uns nicht, wenn auch das große Stöhnen der Not aus den Städten nicht bis an die Ohren der Mächtigen und Starken dieser Erde dringt, daß doch einmal wie ein Blitz aus dem Dunkel der Nacht die schreckliche Erkenntnis und die verheerende Kraft sich einen Weg bahnt und sich mit triebhaftem Willen das nimmt, was ihr zum Leben verhilft.

Vor noch nicht allzulanger Zeit, da klang durch Europa jenes große Wort von dem Lebensrecht und von der Begründung, daß jeder Mensch, der dieser Erde Luft atmen muß, ein Recht auf sein Leben hat. Wir sind heute durch eine Wüste der Gefühllosigkeit gewandert, und noch endlos, weit bis hinter den Horizont sehen wir diese Wüste der Gefühllosigkeit und des Mißverständnisses. Kein Trostwort erfrischt den müden Wanderer und kein Labetrunk netzt seine trockenen Lippen. Der Mittelstand, jener Stand, der seit jeher der Träger aller wichtigen Ereignisse im Geistesleben der Völker war, er ist müde geworden und matt, und wenn ihm der Ruf des Mächtigen entgegenschallt, so rafft er sich mit Mühe wieder zum Weitergehen auf. Aber der Zusammenbruch ist nicht weit. Und auch dann, wenn wir den Kopf im Sand verbergen und nicht sehen wollen — der große Tanz des Todes hat begonnen und mit ihm die Lust an der Vernichtung.

Wir brauchen nicht weit hinzusehen. Bei uns in Polen liegt die ganze Tat auf dem Grundstein des Nichtwollens und der blinden Zuversicht. Aber auch diese Zuversicht hat ein Ende, und je mehr wir alle Warnungen in den Wind schlagen und dem morgigen Tag unser Dasein anvertrauen, umsomehr kommen wir dem Abgrund näher, der unser Leben mit Nacht bedeckt. Zwar ist es in Deutschland schlimmer als hier. Und der Starke mit Waffen und Macht schreitet seinen Weg weiter, während Blut und Elend die Blumen sind, die vor seinem „Siegerfuß" liegen. Aber unsere Betrachtung, so weit sie auch nicht mit in dem großen Zusammenhang stehen mag, sie führt uns doch zu jener großen Schicksalsgegemeinschaft gibt uns dort die Anhänglichkeit und die Abhängigkeit, wo wir sie am allerwenigsten vermuten.

Wir sollen uns nicht täuschen. Der große Fluch des Schicksals lastet auf Europa. Nicht nur auf Deutschland allein. Und da wir nicht sehen mögen, wie auch das letzte, was wir selbst besitzen, ins große Nichts fällt, wird unser eigenes Werk leer und ohne Wert, und was wir auch beginnen mögen, es ist ein Gebet, das nicht zum Himmel dringen kann, wie jenes, das jene seltsame indische Sekte ihrem Gotte darbrachte, indem sie Holzwalzen durch Wasserkraft in Bewegung setzte, auf denen die Bitte an den großen Geist der Ewigkeit in Runen geschnitzt war. Alles, was wir heute tun, ist nichts weiter als solch ein Gebet, und weil das Herz nicht dabei ist, weil das Herz ein Stück Möbel geworden ist, dem wir selbst nicht mehr glauben, ist unsere Reise vergeblich und all unsere Mühe ein Wahn.

Meinungen von geringer, kleiner, unansehnlicher Gestalt regieren die Welt. Von Tollen werden Blinde geführt. Und diese ganze Führung, dieser ganze Weg, er spiegelt sich im kleinen Alltag wider. Wo wir auch hinblicken mögen — nicht mehr der Tanz auf dem Vulkan, sondern jener seltsame Schattentanz, der da ins ewige Nichts gleitet, in jenes Schweigen, das kein Ende hat.

In immer größerem Drang nach Licht zeigt sich uns das Streben des Volkes, und es endet doch in den kleinen Sorgen um Brot und Butter, es endet in der Sorge um unsere Kinder, denen wir beinahe nicht mehr das möglichste kaufen können, damit sie ihr Leben fristen. Von kleinen Freuden ganz zu schweigen, die wir uns längst schon abgewöhnt. Aber vielleicht sind diese Tatsachen nur die Fesseln unserer Lebensaufgabe .... wohin ginge wohl der Zug, wenn wir ohne Fesseln wären?

Blutige Zusammenstöße in Lodz und Czenstochau.

In Lodz ist es, wie „Pat." meldet, infolge des Streiks in der Textilindustrie am Mittwoch zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. Über die Vorgänge wird folgendes berichtet: Für 4 Uhr war nach dem Górny Rynek in Lodz von den Sejmabgeordneten Pławski (P. P. S.) und Zerbe (Deutsche Arbeitspartei) eine Versammlung einberufen worden. Nach Ansprachen der erwähnten Abgeordneten, die ungefähr 40 Minuten dauerten, betraten Kommunisten die Rednertribüne und begannen im staatsfeindlichen Sinne zu agitieren, indem sie zu provokatorischen Ausschreitungen aufriefen. Da die Versammlung dadurch illegalen Charakter annahm, forderte die Polizei die Menge auf, auseinanderzugehen. Als Antwort darauf wurde von der aufgehetzten Menge **Steine gegen die Polizei geworfen und auch Schüsse abgegeben**, wodurch ein Unterkommissar und mehrere Polizisten verwundet wurden. Das zwang die Polizei, **von der Waffe Gebrauch zu machen.** Es wurden **drei Personen verwundet und eine Person getötet.** Mit Hilfe berittener Polizisten wurde die Menge zerstreut und die Ruhe wieder hergestellt.

In Czenstochau 4 Polizisten getötet.

In **Czenstochau** versuchten am Mittwoch Streikende in die Fabrik von Pelz einzudringen, um die dort aufgenommene Arbeit zu unterbrechen. Die Polizeiabteilung, die sich dort befand, vertrat ihnen den Weg und wehrte den Zugang zur Fabrik. Die erregte Menge **bewarf** darauf **die Polizisten mit Steinen,** und aus den Fenstern der benachbarten Häuser fielen Schüsse **auf die Polizisten, von denen vier getötet wurden.** Die Polizei antwortete mit einer Salve, durch die die Menge unter Zurücklassung eines Verwundeten auseinandergetrieben wurde.

Die Streikbewegung.

Allgemeiner Textilstreik.

Seit Dienstag umfaßt der Streik der Textilarbeiter fast alle Lodzer Fabriken, sowie die Textilindustrie in Warschau, Zgierz, Pabianice, Ozorkow, Zduńska-Wola, Kalisch, Petrikau, Zyrardów, Tomaszów, Zelow und Zawiercie, teilweise auch Tschenstochau und Sieradz.

Wo die Arbeiter des Christlich-Demokratischen Verbandes, die das Angebot der Arbeitgeber von 50 Prozent angenommen hatten, zur Arbeit schreiten wollten, fanden sie Widerstand seitens der Fabriksverwaltungen, denen es nicht lohnte, der wenigen Arbeiter halber die Maschinen in Gang zu bringen. In der Widzewer Manufaktur wurde um 12 Uhr die Arbeit unterbrochen. Von den größeren Fabriken ist nur die Nähgarnmanufaktur tätig, deren Arbeiter meist dem Christlich-Demokratischen Verband angehören. Ebenso ist die Biedermannsche Appretur im Betrieb. Die große Poznańskische Fabrik ist trotz energischer Aktion des Christl.-Dem. Verbandes, dem hier zahlreiche Arbeiter angehören, völlig stillgelegt. Auf einer in dieser Fabrik abgehaltenen Versammlung sind die Arbeiter gegen ihre Führer aufgetreten, weil diese sie zur Aufnahme der Arbeit zu überreden suchten. Die Streikkommissionen haben aus allen Fabriken die Hilfskräfte entfernt und nur die Portiers und Wächter belassen. Im allgemeinen sind die Versuche der Christl.-Demokraten, den Streik zu brechen, fehlgeschlagen. Sowohl der erste wie der zweite Streiktag sind völlig ruhig verlaufen.

Drohender Generalstreik in Lodz.

Die Hauptverwaltung des Arbeitsverbandes in Lodz beriet über die Proklamierung des Generalstreiks zur Unterstützung des Streiks der Textilarbeiter für den Fall, daß die geforderten Erhöhungen nicht bewilligt werden. Am Freitag, dem 20. Juli, soll in einer Sitzung hierüber entschieden werden. Im Falle der Generalstreik beschlossen wird, ist der Ausbruch desselben für Montag, den 23. Juli, angesetzt.

Bereits jetzt streiken in Lodz verschiedene andere Berufe und Gewerbezweige. Montag fand in Lodz eine Versammlung der Hotelangestellten statt, auf der über die Lohnfrage beraten wurde. Es wurde beschlossen, für den nächsten Montag eine letzte Konferenz mit den Arbeitgebern anzuberaumen und, falls diese ergebnislos verlaufen sollte, **in den Ausstand zu treten.**

Die Müller und Bäcker haben eine 70prozentige Lohnaufbesserung verlangt.

Die Herrenschneider forderten eine 25prozentige Lohnerhöhung. Da die Arbeitgeber sich dieser Forderung gegenüber ablehnend verhielten, sind die Schneider **in den Ausstand getreten.**

Die in der Damenkonfektion beschäftigten Schneider hatten bekanntlich eine 100prozentige Lohnerhöhung gefordert. Da diese Forderung nicht bewilligt wurde, haben sie die **Arbeit niedergelegt.** Vorgestern wurde von ihnen auf einer Versammlung beschlossen, den **Streik fortzusetzen.**

Der Ministerrat über die Teuerung und die Streiks.

Der Ministerrat besprach in seiner Mittwochsitzung die Streik- und Teuerungszulage im Lande. Auf Grund eines Berichts des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums, sowie des Ministeriums für Handel und Industrie beschloß der Ministerrat, im Einklang mit einem Antrag des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums, die statistische Teuerungskommission in Lodz im Sinne der letzthin bei der statistischen Kommission in Warschau vorgenommenen Änderungen umzugestalten. Zur Kommission müssen in gleichem Maße Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeiter berufen werden. Der Ministerrat hört dann den Bericht des Arbeits- und Wohlfahrtsministers Darowski über die Konflikte in der Metallindustrie in Warschau und im Dąbrowoer Revier, insbesondere über die Entlohnung der Arbeiter in den Starachowickischen und Ostrowieckischen Werken an und empfahl den interessierten Ministern, eine Besserung der Verhältnisse zu bewirken.

Die Rigaer Konferenz.

Das Fehlen Seydas.

Der „Przegląd Wieczorny" bringt aus Reval den Text einer Erklärung, die der estnische Außenminister anläßlich der Rigaer Konferenz Pressevertretern mitgeteilt hat. Der Minister hob hervor, daß **die Abwesenheit der Außenminister von Polen und Litauen die Konferenz bedeutend behindert habe.** Der Vertreter des polnischen Außenministers, Straßburger, betätigte sich gewiß auch diesmal als Autorität in Wirtschafts- und diplomatischen Fachangelegenheiten; doch habe man die Anwesenheit des Außenministers auf der Konferenz sehr vermißt. In der „Rzeczpospolita" und im „Kurjer Poranny" liest man im heutigen Leitartikel lange Betrachtungen über die Abwesenheit des Außenministers auf der Rigaer Konferenz und die daraus entstehenden Folgen für die polnische Außenpolitik.

Frostige Stimmung auf der Konferenz.

Nach dem „Revaler Boten" führte der estnische Außenminister Hellat in Riga ungefähr folgendes aus: „In Riga wurde diesmal durchaus mit einem vollzähligen Erscheinen gerechnet und die lettländische Regierung war bestrebt, den Termin so festzusetzen, daß er allen Beteiligten genehm wäre. Da erklärte der litauische Minister, daß seine Anwesenheit in Paris dringend erforderlich sei und bat um einen **Aufschub** der Konferenz **bis zum 21. Juli;** doch da Polen sich für den 9. Juli aussprach und Litauen auch bisher seinen Vertreter nur zu Informationszwecken entsandt hatte, so kam die lettländische Regierung Polen entgegen und setzte den Konferenzbeginn auf den 9. Juli fest.

Eine Überraschung war es daher, als am Sonntag, dem 8. Juli, unmittelbar vor Beginn der Konferenz der polnische Gesandte in Riga der lettländischen Regierung mitteilte, daß Minister Seyda in Anbetracht der sich aus der Danziger Frage ergebenden Schwierigkeiten zu seinem Bedauern Warschau nicht verlassen könne und daß ihn der Ministergehilfe Straßburger vertreten werde. Wenn dieser auch als Nationalökonom einen anerkannten Ruf genießt und auch auf außenpolitischem Gebiet durchaus als Autorität gelten kann, so konnte, da in Helsingfors ausdrücklich Konferenzen der Außenminister vorgesehen waren, sein Erscheinen die Abwesenheit Seydas nicht vergessen machen, und daher stand die Konferenz von vornherein im Zeichen einer **frostigen Stimmung, die bis zum Schluß nicht behoben wurde.** Auch die gerade um diese Zeit in einem Teil der polnischen Presse auftauchenden Gerüchte über eine **Schwenkung in der polnischen Außenpolitik** konnten nicht gerade zur Hebung der Stimmung beitragen. Was den Verlauf der Konferenz selbst anlangt, so muß anerkannt werden, daß die lettländische Regierung sehr **sorgfältige Vorbereitungen** getroffen hatte. An der Hand eines umfassenden Überblicks über sämtliche bisher stattgehabten baltischen Konferenzen und die auf ihnen gefaßten Beschlüsse beantragte Lettland, die Konferenz möge zu ihnen in dem Sinne Stellung nehmen, daß die durch die Ereignisse überholten und somit veralteten aufgehoben und die aktuellen wirklich durchgeführt würden, widrigenfalls ein nicht erwünschter Eindruck hervorgerufen werden könnte. **Das Ausbleiben des polnischen Außenministers zog jedoch einen Strich durch die Rechnung** und die Beratung der genannten Fragen vollzog sich in einer mehr oder weniger kühlen Atmosphäre.

Die Ergebnisse der Konferenz.

Von Einzelfragen beschäftigten die Konferenz vorwiegend die im Herbst in der 4. Völkerbundsession zur Beratung gelangenden. Wie früher, so einigte man sich auch jetzt über die Grundzüge der gemeinsam zu befolgenden Taktik; es wurde beschlossen, bei den Wahlen in die wichtigeren Völkerbund-Institutionen (Rat, Präsidium, Kommissionen) gemeinsame Kandidaten aufzustellen, doch soll diese Frage ihre endgültige Entscheidung erst während der Tagung selbst finden, wo sich die zweckmäßigsten Kombinationen am besten übersehen lassen. In der von Kanada angeregten Frage einer Abänderung des § 10 der Völkerbundsatzungen beschloß die Konferenz, sich für die Beibehaltung der bisherigen Fassung auszusprechen.

Hinsichtlich der allgemeinen Heeresverminderung liegen dem Völkerbunde zwei Entwürfe vor: einer von Lord Robert Cecil, der ein allgemeines Garantieabkommen vorsieht, das durch Spezialabkommen zwischen den einzelnen Staaten ergänzt werden kann, und einer vom Franzosen Rocquain, der den Hauptnachdruck auf die Spezialabkommen legt, die dann in zweiter Linie durch ein allgemeines Abkommen ihre Vollendung erhalten sollen. Die Rigaer Konferenz sprach sich für die erstgenannte (d. i. englische) Fassung als die den Interessen der baltischen Staaten am besten entsprechende aus, wobei dem Abschluß von Spezialabkommen zwischen einzelnen Staaten in keiner Weise vorgegriffen wird. Ferner wurden auf der Konferenz Beschlüsse von geringerer Tragweite gefaßt, die für sämtliche beteiligten Staaten von praktischer Bedeutung sind. Diese beziehen sich auf die wechselseitige Vollstreckung gerichtlicher Urteile, Vereinheitlichung des See- und Wechselrechts, der Zollformalitäten u. a. Die Konferenz sprach den Wunsch aus, daß Handelsverträge zwischen den Staaten, die noch keine miteinander abgeschlossen haben, baldmöglichst abgeschlossen werden möchten; daß die Visa für längere Fristen Gültigkeit hätten, sowie daß die Zahlungen von 10 auf 5 Goldfranken herabgesetzt werden möchten usw.

(Weiteres über die Politik der Baltenstaaten siehe Seite 3.)

Republik Polen.

Demission des Kriegsministers?

Nach den Meldungen einiger Warschauer Morgenblätter vom 18. Juli soll der Rücktritt des Kriegsministers General Szeptycki bevorstehen. Diese Nachricht soll glaubwürdige Unterlagen besitzen, da die Linke zu Szeptycki in heftiger Opposition steht wegen seiner Stellungnahme im engeren Kriegsrat und wegen der letzten Aemterwechsel in den höchsten militärischen Stellungen. Witos, der nicht wünscht, daß das ganze Kabinett den Gegenstand heftiger Opposition bildet, beschloß, wie die Blätter behaupten, um sich zu retten, die Person des Kriegsministers zu opfern.

Der Premierminister Witos

kehrt am Donnerstag nach Warschau zurück.

Aeltestenausschuß.

Am Montag, dem 23. Juli, findet eine Sitzung des Altestenausschusses des Sejm statt, in der die nächsten Sejmarbeiten besprochen werden sollen.

Die Forderungen der Staatsbeamten nicht ganz befriedigt.

Der Sejmausschuß für Haushaltsfragen nahm am Mittwoch die dritte Lesung des Gesetzentwurfes über die Besoldung der Staatsfunktionäre vor. An den Beratungen nahmen Beamtenvertreter teil. Von diesen wurde erklärt, daß der Gesetzentwurf **die Forderungen der Staatsbeamten nicht ganz befriedige.** In der Nachmittagssitzung wurde die dritte Lesung des Entwurfes erledigt. Dem Art. 42 nahm der Ausschuß im ursprünglichen Wortlaut, der den Schulleitern die Zuweisung von zwei Morgen Ackerland sichert, an. In der Donnerstagssitzung soll der Gesetzentwurf über einen Staatskredit in Höhe von 10 Milliarden Mark zur Unterstützung der Landwirtschaft und der Gesetzentwurf über die Besoldung der Richter und Staatsanwälte erörtert werden.

Arbeitslosenversicherung.

In der Mittwochsitzung des Unterausschusses für Arbeiterfragen gab der Abteilungschef für soziale Fürsorge, Drocki, die Erklärung ab, daß die Regierung mit dem Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung im Prinzip einverstanden sei. Die Regierung wird jedoch zu gewissen Punkten des Entwurfes in den Freitagsberatungen des Ausschußplenums Stellung nehmen.

Der Finanzausschuß

beendigte die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die vorläufige Regelung der Kommunalfinanzen. Nicht erledigt wurde allein der Art. 28, der von den Schankgebühren handelt. Hier hat das Finanzministerium einen neuen Verbesserungsantrag gestellt. Die dritte Lesung des Entwurfes findet am Freitag statt. Der Entwurf über die Vermögenssteuer soll Gegenstand der Donnerstagsberatungen des Ausschusses sein.

Die Arbeit des Westmarkenvereins.

Die Abteilung des Westmarkenvereins für Recht und Wirtschaft hat am 6. Juli in der Posener Universität einstimmig eine Resolution angenommen, die die **baldige Ausweisung sämtlicher deutschen Optanten** fordert. Polen habe das Recht dazu auf Grund des Versailler Vertrages in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht. Die allgemeinen Grundsätze für den Rechtsschutz der Ausländer können auf die Optanten keine Anwendung finden. Die Frage der Entfernung der deutschen Optanten ist eine Kardinalfrage für die Sicherheit und die Entwicklung der westlichen Gebiete und deshalb muß schleunigst zur Entfernung der Optanten geschritten werden. Unterzeichnet ist die Resolution an erster Stelle durch den Rechtsprofessor der Posener Universität Antoni Peretjatkowicz, durch den Präsidenten des Westmarkenvereins Mycielski, durch den Direktor Korzeniewski und das Direktionsmitglied Hulanicki desselben Vereins.

Verfügung zur Verhütung von Erntestreiks.

In Kraft getreten ist die Verfügung des Arbeitsministers über die Änderungen der Vorschriften für die Erledigung von Erntekonflikten zwischen Arbeitgebern und Landarbeitern. In der Verfügung heißt es, daß die interessierten Personen auf Verlangen Vergleichs- und Schiedsspruchabschriften, sowie Auszüge aus den Postulaten der Kommission erhalten können.

Oberschlesischer Sejm.

In der Mittwochsitzung des schlesischen Sejm wurde die Zuweisung von 50 Millionen deutscher Mark für die Kirchenverwaltung und die Teuerungszulage für die katholische Geistlichkeit in dritter Lesung endgültig beschlossen. In der Generaldiskussion machte die Abgeordnete Omańkowska dem deutschen Abg. Szczeponik verschiedene Vorwürfe, darunter auch den, daß er in die Religion die Politik hineintrage. Nachdem der Abg. Szczeponik die Vorwürfe zurückgewiesen hatte, teilte der Abg. Rybarz im Namen des Haushaltsausschusses mit, daß der Antrag des Schulausschusses über die Gewährung eines Kredits für den Einkauf von Büchern für unbemittelte Schulkinder **abgelehnt** worden sei. Nach Aussprache wurde der Antrag an den Haushaltsausschuß zurückverwiesen. Abg. Rybarz referierte dann die Übernahme der Volksbibliothek durch die Wojewodschaft und verlangte eine Erledigung der Angelegenheit im Sinne des Wojewodschaftsantrages. Abg. Biniszkiewicz verlangte den Verzicht der bisherigen Besitzer der Bibliothek auf ihren Besitz, der dann Eigentum der Wojewodschaft würde. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde in erster Lesung erledigt. Zum Schluß wurde über die Antwort des Wojewoden an die deutsche Delegation in Sachen der Gewerbeschule diskutiert. Es sprachen die Abgg. Pant, Rybarz, Obrzut. In der Abstimmung wurde die Antwort des Wojewoden auf die Interpellation des deutschen Klubs zur Kenntnis genommen.

Die Vorbereitung der englischen Antwort.

Der Ministerpräsident teilte im Unterhaus mit, daß der Entwurf der englischen Antwort an Deutschland nicht nur an die Alliierten, sondern auch an die Vereinigten Staaten gesandt werden wird. In politischen Kreisen begrüßt man diesen Entschluß mit Genugtuung, weil man kein Mittel unversucht lassen will, die Vereinigten Staaten für die Lösung der europäischen Fragen zu interessieren. Man betrachtet jedoch die Aussichten dieses Beschlusses vorläufig sehr skeptisch. Die Neuyorker Meldung des „Manch. Guardian“, daß auf ein Eingreifen Amerikas vorläufig nicht zu rechnen sei, hat hier den Eindruck hervorgerufen, daß eine gegen Frankreich gerichtete Reparationspolitik ausschließlich von englischer Führung und Initiative abhängen müsse. In diesem Zusammenhange ist eine Meldung des diplomatischen Berichterstatters der „Pall Mall Gazette“ zu beachten. Für den Fall, daß Frankreich ablehnen sollte, den englischen Entwurf zu unterzeichnen, bevor Deutschland den passiven Widerstand aufgegeben habe, werde in englischen Regierungskreisen die Möglichkeit erörtert, während der Verhandlungen mit Frankreich über die Reparations- und Sicherheitsfrage möglicherweise eine englische Anregung nach Berlin zu geben, den passiven Widerstand abzubauen, soweit er sich auf amtliche Maßnahmen stützt. Bei der Vorbereitung der englischen Antwortnote, die am Mittwoch dem Kabinett zur Beratung vorgelegt wurde, berät sich **Lord Curzon** fortlaufend mit den in London weilenden Botschaftern aus Berlin, Paris, Tokio und Washington. **Mac Kenna** hat das Wochenende bei Baldwin in Chequers verbracht, um mit ihm die Grundzüge der Antwort an Deutschland zu beraten.

Lord Curzons Erstaunen über Poincarés Rede in Senlis.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet: Lord Curzon empfing im Foreign Office den französischen und den italienischen Botschafter, wobei er dem ersteren gegenüber das Erstaunen der britischen Regierung über die Rede Poincarés in Senlis zum Ausdruck brachte.

Cuno wendet sich an Amerika.

Reichskanzler Dr. Cuno wendet sich in einer an den Präsidenten Harriman von den United American Lines gerichteten Botschaft an das amerikanische Volk und spricht darin die Hoffnung aus, daß die Völker von Amerika und Deutschland sich in wechselseitiger wirtschaftlicher Arbeit zusammenschließen. Den Anlaß zu der Botschaft bildet die morgen erfolgende Ankunft des neuen Dampfers „Albert Ballin“.

Rücktritt des französischen Botschafters in Washington.

Aus Washington wird gemeldet, daß in diplomatischen Kreisen mit dem Rücktritt des französischen Botschafters Jusserand gerechnet wird. Jusserand wartet noch das Eintreffen der Ratifikationsurkunden des Washintoner Vertrages ab.

Der Gesandte Frankreichs beim Vatikan.

In den Wandelgängen der Kammer beschäftigt man sich eifrig mit der Gesandtschaft Frankreichs beim Vatikan. Man behauptet, daß der gegenwärtige Gesandte Jonnart eine Erneuerung seines Mandats nicht annehmen würde. Für diesen Fall spricht man von Colrat als Nachfolger Jonnarts, aber auch, und zwar sehr beharrlich, vom Generals de Castelnau, der Präsident der Armeekommission und Abgeordneter von Aveyron ist. Die kürzliche Intervention des General de Castelnau gelegentlich der Interpellation über den Papstbrief und die internationale Politik ist in diplomatischen Kreisen sehr beachtet worden und seine Kandidatur als Gesandter beim Heiligen Stuhl hat Aussicht auf Erfolg.

Der Kriegsdienst in Belgien.

In der Abstimmung über das Kriegsdienstgesetz beschloß die Kammer mit 87 Stimmen gegen 76 den zwölfmonatlichen Dienst bei der Infanterie und den dreizehnmonatigen bei den anderen Waffengattungen.

Englands wirtschaftliche Sorgen.

Herabsetzung der Löhne.

Angesichts der Arbeitslosigkeit, die zwar etwas abnimmt, machen die Engländer große Anstrengungen, um wieder normale Verhältnisse in bezug auf die Produktion und die Gestellungspreise zu erreichen. Sie bemühen sich, die Löhne im Rahmen des Möglichen herabzusetzen. Besonders in der Handelsmarine und in der Textilindustrie werden in der letzten Zeit beträchtliche Lohnreduktionen verzeichnet, ferner in der Töpferei, in den Gas- und Elektrizitätsunternehmungen. Die Teuerungszulagen der Textilarbeiter von Lancashire und in Schottland sind vermindert worden. Nach den Inderziffern des englischen Arbeitsministeriums ist die Lebenshaltung in England um mehr als 70 Prozent teurer als im Juli 1914.

Streik der Hafenarbeiter.

Der Streik der Londoner Hafenarbeiter ist im Zunehmen begriffen. In London selbst streiken ungefähr 50 000 Arbeiter.

Die Eisenbahnregie im englischen Lichte.

Der Berichterstatter der „Times“ in Köln schildert eine Reise von Köln nach Koblenz in einem Regiezug und schreibt seinem Blatt darüber u. a.: „Der Verkehr der Regiezüge machte ungefähr den zehnten Teil des früheren Verkehrs aus. Von Überfüllung kann keine Rede sein. Die Zeichen des Verfalls der Strecken sind niederdrückend. Auf den deutschen Gleise stehen zahllose Lokomotiven und Güterwagen, die der Ausbesserung harren, aber die die Regie nicht zu reparieren imstande ist. Die Güterbahnhöfe sind voll von beladenen Wagen. Das Signalsystem beherrscht die Regie nicht. Es wird durch einen Mann mit einer roten Fahne ersetzt. Die verrosteten Schienen sind von Gras und üppig wucherndem Unkraut verdeckt. Bezeichnend ist, daß die Regie den Reisenden gegenüber keine Verantwortung für Unglücksfälle und Verletzungen, sowie Beschädigung von Warensendungen usw. übernimmt und damit kundtut, daß sie nicht als öffentliche Verkehrsanstalt zu betrachten ist. Der Güterverkehr ist natürlich ganz unbedeutend. Die Franzosen geben zu, daß sie im Juni einen Verlust von einer Million Franken gehabt hätten; und das, obwohl das rollende Material sowie der Brennstoff ohne Bezahlung beschlagnahmt worden ist.

Aus dem besetzten Gebiet.

Einspruch der Reichsregierung gegen die verlängerte Verkehrssperre.

Die deutsche Reichsregierung hat eine neue Note an Frankreich und England gesandt, worin sie gegen die Verlängerung der Verkehrssperre Einspruch erhebt.

Ein französischer Geheimerlaß.

Die französischen Interessenten werden durch einen Geheimerlaß des zuständigen Ministeriums schonend darauf vorbereitet, daß die Kohlenlieferungen aus dem Ruhrgebiet in den nächsten Wochen eine gewisse Einschränkung erfahren werden. Dieses wird, wie verlautet, damit begründet, daß zwischen den französischen Unternehmern und den deutschen Arbeitern Differenzen ausgebrochen sind.

Ein standhafter Postrat.

Wie bereits kurz gemeldet, wurden am 7. d. Mts. vom Militärpolizeigericht der 3. französischen Infanteriedivision die Posträte Fingerhut und Weinbrenner zu längerer Gefängnisstrafe und mehreren Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Die Verhandlung gegen Weinbrenner gestaltete sich sehr dramatisch. Während seiner Vernehmung sagte er u. a.: „Ich werde eine kurze Erklärung abgeben: Als deutscher Beamter auf deutschem Boden schulde ich Rechenschaft über meine Tätigkeit nur den deutschen Behörden nach deutschen Gesetzen, nicht den französischen Behörden. Daran werden in meinen Augen auch die Anordnungen und Befehle des Generals Degoutte nichts ändern. Ich bin angeklagt, weil ich auf Fragen französischer Offiziere nicht geantwortet habe; ich habe darauf zu sagen, ich stehe jetzt vor einem Forum, das aus Offizieren genau derselben Armee zusammengesetzt ist. Es wäre unlogisch, wenn ich Ihnen jetzt Rede und Antwort stehen und meine bisherige Haltung aufgeben wollte.“ Wiederholt ermahnt, sich nur auf seine Verteidigung zu beschränken, fügte Weinbrenner hinzu: „Ich bestreite Ihre Zuständigkeit.“ Darauf wurde ihm vom Vorsitzenden bedeutet: „Wir wissen, daß Sie ein deutscher Patriot sind; aber hier handelt es sich nur um Ihre Verteidigung. Wir wollen nichts anderes wissen.“ — Weinbrenner quittierte diese Mahnung mit den Worten: „Für mich existiert

---

Der sterbende Wald.

Roman von Heinz Alfred v. Byern.

(23. Fortsetzung.)

Droben am Himmelsdom flimmerten in ewigem Glanz Myriaden von Sternen, wie tröstliche Lichter, die dem verirrten Wanderer den Weg zeigten und ihm zurufen wollen: „Siehe, hier ist eine Heimatstadt bereitet all denen, die mühselig und beladen sind.“ Die geheimnisvollen Stimmen der Nacht wurden laut. Drüben am See ließ eine Rohrdommel ihr dumpfes langgezogenes „ü — prump! ü — prump!“ ertönen, der Triel flötete, irgendwo auf einer der Kopfweiden lockte der Kauz: „Knu — witt! Komm mit!“, und im Altholz greinte eine Eule. Eine Nachtschwalbe strich mit surrendem Flügelschlag dicht an Hassos Kopf vorüber, im Moor tanzten die Irrlichter, und irgendwo in den Feldern schreckte ein Reh. Sonst kein Laut, nur der Nachtwind spielte leise in den Gräsern und den zitternden Blättern der Pappeln. Und breit und behäbig blinzelte der vergnügt lächelnde Vollmond herab auf die ruhende Natur, wie einer, der so recht mit sich und der Welt zufrieden ist. Doch als der alte Filou und Nachtschwärmer nichts Neues entdecken konnte, hüllte er sich griesgrämlich in eine vorbeisegelnde Wolke, um für ein paar Minuten ein kleines Nickerchen zu machen.

Hasso v. Redern bog in einen Waldweg ein. Leise schnaubte die Stute, und der Reiter nahm die Zügel kürzer. Im Gezweig regte ein schlaftrunkener Vogel die Schwingen, ein Stück Wild — wohl ein Reh — überfiel die Schneise, und die Kronen der Bäume neigten sich zueinander, als erzählten sie sich alte, halbvergessene Geschichten von Menschenlust und Menschenleid, vom Werden und Vergehen. In der Ferne verklang der helle Schlag einer Turmuhr, zehn — elf Schläge — das mußte in Clanitz gewesen sein! Der Bestand lichtete sich, und nun schimmerte durch die Stämme ein Licht, wie ein Glühwürmchen, mit mattem rötlichen Schein. Es schien gleichsam im Nichts zu schweben, verschwand für Sekunden und tauchte dann wieder auf.

Wie ein Träumender ritt Hasso dahin. Obwohl er kaum ein paar Gläser Wein getrunken hatte, fühlte er doch, daß es ihm wie ein leichter Rausch im Blute lag, und immer wenn er die Augen schloß, sah er ein süßes Gesichtchen, schwere, goldbraune Flechten und ein paar große, tiefblaue Märchenaugen. Ein Hund schlug an, das Dorf konnte nicht mehr weit sein. Und dann blitzte auch wieder Lichtschein auf, näher heller, von dorther, wo in Dunkel und Dämmer schwarz und schweigend Clanitz lag. Hasso ritt an der Parkmauer entlang. Süß und schwer dufteten die Rosen, leise plätscherte der Springbrunnen. Einen Augenblick lang hielt er sein Pferd an und blickte hinauf zu dem finsteren, aus wuchtigen, massiven Granitblöcken gefügten Gemäuer — nur ein Fenster war noch erhellt — eins — — — Und während der Hufschlag in der Ferne verhallte, lag droben in dem Jungmädchenstübchen ein junges, glückshungriges Menschenkind in den weichen, weißen Kissen und weinte bitterlich. — — — —

V.

Tief mahlten sich die Räder des braungelb gestrichenen Jagdwagens in dem knirschenden Sand des Waldweges. Hasso hatte sich zurückgelehnt, und seine Blicke folgten einem Eichkätzchen, das am Stamm einer einzelstehenden, alten Samenkiefer emporhuschte, keckernd mit der buschigen Rute wippte und sich dann in eine Astgabel drückte. Aber immer wieder kehrten Rederns Gedanken zu dem einen Punkt zurück, der sein ganzes Denken ausfüllte, daß er sie nun wiedersehen würde — sie — Marianne! Tage voller Arbeit und Unrast lagen hinter dem jungen Rhenaer Majoratsherrn und mit Gewalt hatte er sich gezwungen, keine der großen und kleinen Pflichten zu versäumen. Doch so sehr er sich auch Mühe gab, Ablenkung und Ruhe in angestrengtester Arbeit, in rastlosem Schaffen zu finden, es war umsonst gewesen. Und wenn abends das letzte Tagewerk getan war, dann griff er regelmäßig zur Büchse, um noch einmal nach der Clanitzer Grenze zu pirschen, dorthin, wo er Marianne zum ersten Male nach seiner Heimkehr gesehen hatte.

Redern fühlte es selbst, es war wie eine Krankheit, wie ein zehrendes Fieber über ihn gekommen. Er, der sich sonst nie viel um Damen gekümmert und immer über das Verliebtsein wie über einen pathologischen Zustand gespöttelt hatte, war jetzt aus allen Fugen; er schlief schlecht, aß nur das Nötigste und litt unter einer grundlosen Gereiztheit, die ihm früher fremd gewesen war. Mit einer sich immer mehr steigernden Ungeduld hatte er wie ein verliebter Pennäler die Stunden bis zum Donnerstag gezählt, aber als es dann endlich soweit war, als der Wagen vorfuhr und Hasso im Smoking aus seinem Zimmer trat, befiel ihn ein Gefühl der Niedergeschlagenheit, das er sich selbst nicht erklären konnte. Gewiß, er würde Marianne nun wiedersehen, doch da waren noch ihr Vater, Amtsrats, Pastors, Oberförsters und — ja, und Rößl würde auch da sein — Rößl, der nach allem, was Redern von ihm gehört hatte, schwerlich der Mann war, um seine Trümpfe aus der Hand zu geben und einem Nebenbuhler freiwillig Platz zu machen. In Köln, seiner Heimatstadt, und in den Salons von Berlin-W. sollten sich, wie Barnekow neulich erzählt hatte, die Damen um ihn gerissen haben — die verheirateten und unverheirateten —, und schließlich konnte man es ihnen auch nicht einmal verdenken, denn der Glanz der Millionen blendete, und Hasso dachte viel zu gerecht, um sich nicht ehrlich einzugestehen, daß der junge Fabrikbesitzer eine gute Figur machte und gesellschaftliche Talente besaß.

Freilich, Marianne würde sich durch äußere Vorzüge allein schwerlich blenden lassen, aber die ungelöste Frage blieb, ob sie nicht doch vielleicht mit Rücksicht auf ihren Vater in eine Verbindung willigen würde! Hasso hatte sich vergeblich bemüht, unter der Hand in Erfahrung zu bringen, wieweit sich Graf Dassel Rößl gegenüber engagiert hatte, doch alles, was ihm Höppner und seine beiden Getreuen, Wieprecht und Suchard, mitteilen konnten, bestand darin, daß der Clanitzer vor etwa einem Vierteljahr dicht vor dem finanziellen Zusammenbruch war und nur wie durch ein Wunder der drohenden Katastrophe entgangen war. Da lag die Vermutung nahe, daß Rößl seine Hand im Spiel gehabt und den uneigennützigen Helfer gespielt hatte.

(Fortsetzung folgt.)

nur das deutsche, nicht das französische Gericht!" — Als er dann befragt wurde, ob er zugebe, sich geweigert zu haben, französischen Offizieren zu antworten, bemerkte Weinbrenner: „Ich möchte auch hier jede Antwort verweigern." Auf die Frage: „Kennen Sie die Verordnungen des Generals Degoutte?" entgegnete Weinbrenner: „Sie existieren für mich nicht!" — Darauf lehnte er jede weitere Antwort auf Fragen ab.

Explosion und Rache.

In der Nacht zum Mittwoch fand in Bochum eine Explosion statt, die zu einer unerhörten Verschärfung der Lage im Ruhrgebiet geführt hat. In der Nähe von Bochum befindet sich an einer Straße, die viel vom Verkehr benutzt wird, ein Autodepot, in dem Tausende von „weggenommenen" Wagen aufgestellt sind. Hier hat sich eine Explosion zugetragen. Über den Umfang der Zerstörung ist nichts genaues zu erfahren, doch soll sie eine der schwersten sein, die bisher im Ruhrgebiet stattgefunden haben. Obwohl **durchaus noch nicht feststeht**, daß es sich um einen **Sabotageakt** handelt, es vielmehr wahrscheinlich ist, daß die Hitze zu einer **Selbstexplosion** von Benzin geführt hat, oder daß es sich um eine **Selbstentzündung während des Gewitters** handelt, haben die Franzosen sofort außerordentliche Strafmaßnahmen verhängt. Die Städte Bochum sowie Weitmar haben jetzt all die Leiden auf sich zu nehmen, die viele andere Städte im Ruhrgebiet schon lange ertragen müssen. Verkehrssperre, Geiselverhaftung, Mord und Plünderung durch die Patrouillen stehen jetzt an der Tagesordnung. Die Stromversorgung ist verboten worden. Der Verkehr in der Stadt ist gänzlich untersagt, die Lebensmittelversorgung aufs schwerste gefährdet. Der Straßenbahnverkehr durch Zerschneiden der elektrischen Leitungen stillgelegt. Die Stimmung der Bevölkerung ist außerordentlich erbittert und man kann jederzeit mit Verzweiflungsausbrüchen der gequälten Einwohner rechnen.

Schritte gegen die Blutjustiz.

Wie das „Berl. Tagebl." hört, hat die Reichsregierung in der Angelegenheit der drei neuen Todesurteile, die von dem belgischen Kriegsgericht in Aachen gegen Deutsche wegen angeblicher Sabotage gefällt worden sind, die nötigen Schritte zur Aufklärung der Angelegenheit und zur Verhinderung der Vollstreckung des Urteils eingeleitet.

Pessimistische Reiseeindrücke Beneschs.

Der tschechoslowakische Ministerpräsident Dr. Benesch hat Paris bereits am Mittwoch vormittag verlassen, obgleich er eigentlich die Absicht hatte, bis zum Ende der Woche in der französischen Hauptstadt zu bleiben. Dr. Benesch wird auf dem gleichen Wege, den er für die Hinreise benutzt hat, nach Paris zurückkehren, nämlich über Brüssel, Rotterdam und Berlin. Er wird die Reise in Brüssel unterbrechen, um sich mit den belgischen Ministern Theunis und Jaspar zu unterhalten. In Pariser politischen Kreisen erklärt man die vorzeitige Abreise Dr. Beneschs durch die pessimistischen Eindrücke, die der Minister auf seiner Informationsreise gesammelt hat. Dr. Benesch ist, wie verlautet, zu der Überzeugung gekommen, daß eine Verständigung zwischen Paris und London über eine gemeinsame Antwort auf die deutschen Vorschläge für den Augenblick unmöglich sei. Der Minister verläßt Paris, wenn nicht alles täuscht, mit der Überzeugung, daß die englische Regierung eine Sonderantwort an Deutschland richten werde. Diese Sonderantwort Englands werde aber nach den Feststellungen, die Dr. Benesch in Paris und London machen konnte, keineswegs einen Bruch zwischen Frankreich und England zur Folge haben. Es sei vielmehr mit Sicherheit anzunehmen, daß der französisch-englische Meinungsaustausch über die Reparations- und Sicherheitsfrage durch eine Sonderaktion Englands in Deutschland nicht unterbrochen wird.

Benesch will Deutschland nach dem Muster Oesterreichs sanieren.

Von den Urteilen der tschechischen Presse über die Erklärungen Baldwins sind am bemerkenswertesten die Ausführungen der „Prager Presse", des Organs Beneschs, das bei dieser Gelegenheit den Sanierungsplan Beneschs für Deutschland entwickelt. Die Sanierung Österreichs durch den Völkerbund könne als Vorbild dienen. Allerdings müsse das Deutschland zu gewährende Moratorium an Reparationen unvergleichlich kürzer sein, als dies bei Österreich der Fall war, da ja auch der Reichtum und die Produktionskraft Deutschlands unvergleichlich mächtiger seien. Unparteiische Sachverständige müßten den tatsächlichen Zustand der Staatswirtschaft feststellen, die Mittel zur Gesundung angeben, ein Sanierungsprogramm auf lange Sicht ausarbeiten, die Zustimmung aller Beteiligten einholen, Garantien für eine große Inlands- und Auslandsanleihe aufbringen und eine effektive Kontrolle der staatsfinanziellen Gebarung Deutschlands einrichten, wobei ebenso wie in Österreich unter Befreiung von den Launen der Parteipolitik auf Grund tatsächlichen Vertrauens die Durchführung des Sanierungsprogramms zu verbürgen wäre. Ebenso wie im Falle Österreich würde die Souveränität des Deutschen Reiches unter allen Umständen gewahrt bleiben. Die Rolle der Reparationskommission bei der Wiederherstellung Deutschlands werde wesentlich größer sein als bei der mehr charitativen Charakter tragenden Völkerbundsaktion für Österreich.

Baltenstaaten.

Vermindertes Ansehen Polens bei den Baltenstaaten

Ein Mitarbeiter des „Robotnik", der soeben von einer Reise nach Estland zurückgekehrt ist, schreibt: „Der Einfluß Polens bei den Regierungen Finnlands, Estlands und Lettlands hat sich in letzter Zeit erheblich vermindert, was sich aus verschiedenen Gründen erklärt. Die erste Ursache wäre der Mangel einer genau bestimmten polnischen Außenpolitik. Die politischen Führer der Balten wissen keineswegs, was Polen will. Aber auch die inneren Zwistigkeiten und besonders die Form, in der sie ausgetragen werden, schwächen das Vertrauen auf den polnischen Staat. Die Ermordung des Präsidenten Narutowicz hat einen sehr starken Eindruck gemacht und einen Schatten auf ganz Polen geworfen. Die außenpolitische Richtung des Herrn Seyda und die Demission des Marschalls Pilsudski, der sich einer großen Beliebtheit bei allen baltischen Staaten erfreute, haben sogar die Forderung einer Revision der bisherigen polnisch-baltischen Verträge laut werden lassen.

Einerseits erweckt unser Bündnis mit Frankreich die Furcht, daß wir uns in einen Krieg mit Deutschland hineinziehen lassen könnten, vielleicht auch gegen Rußland, und daß dieses Land im Fall eines engeren Bündnisses zwischen den baltischen Staaten und Polen den Krieg gegen diese Staaten heraufbeschwören könnte. Andererseits entsteht bei der russophilen Einstellung des Herrn Seyda eine gewisse Beunruhigung darüber, daß auf Ersuchen Frankreichs der polnische Staat eines Tages die baltischen Staaten opfern könnte, wenn es nämlich Rußland einfallen sollte, gegen diese eine aggressive Politik zu treiben.

Ein französischer Angriff gegen Litauen.

Das Pariser Blatt „L'Information" richtet einen heftigen Angriff gegen die Politik Litauens, den die „A. W." mit Befriedigung verzeichnet. Es wird Litauen darin vorgeworfen, daß es aus Haß gegen Polen als Brücke zwischen Rußland und Deutschland dienen wolle. Der letzte Besuch eines Vertreters des litauischen Generalstabes in Berlin soll angeblich den Abschluß einer Militärkonvention zwischen Deutschland und Litauen bezweckt haben. (Und was bezweckte die Reise des tschechoslowakischen Generalstabschefs, General Mittelhauser, eines Franzosen, nach Paris in diesen Tagen? Die Schriftl.) Ferner sei zum Gouverneur des Memeler Hafens Lebuhr ernannt worden, der ein entschiedener deutscher Nationalist sei. Der Oberpräsident von Ostpreußen habe gesagt, daß Memel nur eine Verlängerung Ostpreußens sei.

Die nächste Balkankonferenz in Warschau.

Es wurde in Riga beschlossen, daß die nächste Konferenz nach sechs Monaten in Warschau stattfinden solle.

Ismed-Paschas Erfolg in Lausanne.

Die Einigung, die über die allerletzten Streitfragen der Konferenz erzielt wurde, und auch der Ausschluß der Petroleumfragen aus dem Friedensvertrage bedeutet abermals einen großen Erfolg der staatsmännischen Kunst Ismed-Paschas. In beiden Fragen — die Konzession für die englische Gesellschaft Vickers Armstrong, die die Häfen- und Schiffsbauten in der Türkei kontrollieren wollte, und der Regie générale des chemins de fer die das Monopol für die türkischen Eisenbahnunternehmungen übernehmen wollte — haben die Alliierten dem türkisch-amerikanischen Einspruch glatt weichen müssen. Beide Gesellschaften müssen bei etwaiger Vergebung der Konzessionen als gleichwertige Konkurrenten auftreten, die keinen Vorzug vor anderen genießen. Der große Petroleumkampf zwischen der amerikanischen Standard Oil Company bezw. Anglo-Persian Company ist im letzten Moment vermieden worden. Der Kampf wurde hinausgeschoben, weil es doch gar zu blamabel gewesen wäre, den Orientfrieden vor aller Welt an einem Streit zweier Petroleumgesellschaften scheitern zu lassen.

Ein schwedischer Appell an Präsident Harding.

Der „Schwedische Reichsverband des Mittelstandes" hat an Präsident Harding einen Appell zur Rettung des deutschen Mittelstandes gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„Wie Ew. Exzellenz bekannt ist, ist der gebildete Mittelstand in Rußland vollkommen ausgerottet. Der Mittelstand in Deutschland, der Unendliches für den Aufbau der Kultur der Welt geleistet hat, ist heute zur Hälfte verhungert und in Gefahr, das Schicksal des russischen Mittelstandes zu teilen, wenn es nicht vorher noch gelingt, ihn vor dem dräuenden Elend zu befreien. Angesichts der Vernichtungsmaßnahmen handelt es sich aber nicht nur um den Fortbestand Deutschlands, sondern der ganzen Kulturwelt und es muß ein so hochstehendes Kulturvolk, wie die deutsche Nation, dem Bolschewismus zugetrieben werden; tritt diese Gefahr ein, dann gibt es kein Land der Welt mehr, das vom Keim des Bolschewismus verschont bleiben wird.

Der Vorgänger Ew. Exzellenz, Präsident Wilson, hat unter seinen 14 Punkten einen wahren Völkerfrieden verstanden und gelobt, einen Frieden in Freundschaft, einen Frieden ohne Vergeltungsgedanken zu schaffen. **Im Vertrauen hierauf** und eingedenk des Wilsonschen Versprechens, **hat das deutsche Volk seine Waffen niedergelegt**, wodurch der Weltfriede zustande kam. Indessen wurde dieser Frieden Deutschland nicht selbst zuteil, sondern man hat statt dessen dem deutschen Volke in dem Versailler Friedensvertrag Lasten aufgezwungen, **so unerhört und erniedrigend in seiner Form**, wie es sich in der ganzen Weltgeschichte bisher nicht wieder findet. Und das ist die Ursache, daß ein Kulturvolk von 60 Millionen wirtschaftlich und physisch zugrunde gerichtet wird.

Ew. Exzellenz! Nachdem die Friedensbotschaft Wilsons dem freiheitliebenden amerikanischen Kulturvolk die Pflicht auferlegen sollte, die vom Präsidenten Wilson dem deutschen Volke gegebenen Versprechungen einzulösen, wird ganz sicher dieses hochgebildete Volk nicht ruhig mit ansehen wollen, wie das deutsche Volk, das vor fast 100 Jahren seine besten Söhne für die Freiheit opferte, und es aus den Händen seiner Bedränger befreite, 1923 zur Verzweiflung und zum Untergang getrieben wird. In die Hände Ew. Exzellenz hat die Vorsehung die große Macht gelegt, die erforderlich ist, **das deutsche Volk vor einem noch viel schlimmeren Schicksal zu retten.** Deshalb bitten wir Ew. Exzellenz ergebenst, im Namen der Menschlichkeit und Kultur, sich dieser Macht zu bedienen und die Kulturwelt vor einem solchen Unglück zu bewahren."

Sowjetrußland.

Moskauer Propaganda für eine Luftflotte.

Aus Moskau wird gemeldet, daß die dortige Presse eine mit jedem Tage zunehmende Propaganda für den Bau von Flugzeugen entwickelt. Die Bürgerschaft wird aufgefordert, die Regierung zu unterstützen.

Aufstand gegen die Sowjets in Grusien.

Grusische Insurgentenabteilungen sind auf Batum vorgestoßen. Ein großer Teil der Provinz ist von den Aufständischen und der grusischen Bevölkerung, die sich der Bewegung angeschlossen haben, eingenommen worden. Die Sowjetpresse schreibt zur Beruhigung und Irreführung nur von „Banditenwirren" in der Gegend von Batum. Die „Izwiestja" schreiben: „Die Banditen haben sich als frühere Mitglieder der Nationalgarde entpuppt. Sie haben sich mit den Menschevisten verständigt und einen Aufstand in Grusien vorbereitet."

Tichons Popularität unerschüttert.

Moskauer Blätter melden, daß die Popularität des Metropoliten Tichon durch die Unterschrift eines Verzichtes auf politische Propaganda gegen die Sowjets trotz der fortwährenden Angriffe gewisser Kreise nicht erschüttert worden ist.

In einem Kloster in der Nähe von Moskau kam es zu einer Schlägerei zwischen Rechtgläubigen und Anhängern der „Lebendigen Kirche."

Neuer Sowjetvertreter in Italien.

Ein Dekret des Rates der Volkskommissare ernannte Mikołaj Jordański zum Vertreter Sowjetrußlands in Italien.

Deutsches Reich.

** **Starke Erhöhung der deutschen Bahntarife.** Der Ausschuß des Reichseisenbahnrats stimmte dem Vorschlag der Verwaltung zu, vom 1. August an zur Deckung der Fehlbeträge, insbesondere auch der durch die Ruhrbesetzung entstandenen Ausfälle eine Erhöhung der Personentarife in der 1. und 2. Wagenklasse um 300 Prozent, in der 3. und 4. Wagenklasse um 250 Prozent, im Güterverkehr um 150 Prozent eintreten zu lassen. Ferner ist in Aussicht genommen, vom 1. September an wertbeständige Eisenbahntarife einzuführen.

** **Die Helfer Erhardts.** Die Nachforschungen nach den Helfershelfern haben, wie die Polizei mitteilt, folgendes ergeben: Der Führer des zur Flucht benutzten Kraftwagens ist der 24jährige Kaufmann Fritz Hermann Götz, zuletzt in Leipzig-Stötteritz wohnhaft. Als weiterer Helfershelfer kommt der Student Hermann Masow v. Prince in Berlin in Betracht. Masow v. Prince mußte sich schon lange Zeit vor der Flucht Erhardts in Leipzig aufgehalten haben, ohne polizeilich angemeldet gewesen zu sein. Er muß in Wohnungen seiner Gesinnungsgenossen gewohnt haben. Im Gegensatz zu Götz, der nach der Flucht Erhardts in Leipzig nicht mehr gesehen worden ist, wurde Masow v. Prince noch zwei Tage nachher am 15. Juli hier gesehen. Beide sind der Polizei nicht unbekannt. Götz gehörte der deutschnationalen Partei und dem deutschen Herold an. Auch war er Mitglied der Orgesch in München. Masow v. Prince, der zur Zeit des Erzberger-Mordes bei der Organisation Consul in Müchen arbeitete, verlegte nach dem Attentat seinen Wohnsitz nach Hamburg. Er saß dort wegen Geheimbündelei und eines Sprengstoffattentats auf eine sozialdemokratische Zeitung in Untersuchungshaft. Wie festgestellt worden ist, hat Götz bei der Flucht Erhardts im Auto zwei Koffer mit Schußwaffen mitgenommen. Am Dienstag wurde in Leipzig eine weitere Reihe von Personen festgenommen, die im Verdacht stehen, die Flucht begünstigt zu haben.

** **Einbruch in das Palais Kaiser Wilhelms I.** In das Palais des alten Kaisers Wilhelm ist in der Nacht zum 18. Juli abermals ein Einbruch verübt worden. Nachdem neulich das Sterbezimmer heimgesucht worden war, hatten es die Einbrecher diesmal auf das Arbeitszimmer abgesehen, aus dem sie zahlreiche kostbare Andenken und Wertgegenstände geraubt haben. Die Einzelheiten konnten bisher noch nicht genau festgestellt werden.

** **Stinnes in Kopenhagen.** Stinnes weilte einige Tage in Kopenhagen im Zusammenhang mit dem Konflikt seines Unternehmens mit einer amerikanischen Petroleumfirma und mit dem dänisch-amerikanischen Petroleumkonzern. Die dänischen Blätter melden, daß Stinnes großen Grundbesitz in der Umgegend von Kopenhagen erworben hat.

** **Streik in Deutsch-Oberschlesien.** In Deutsch-Oberschlesien hat gemäß Beschluß am Mittwoch ein Streik der Metallarbeiter begonnen.

Freistadt Danzig.

Die geplante Valutaänderung.

Der Finanzsenator Dr. Volkmann veröffentlichte ein Memorial über die Frage der Valutaänderung. Er schlägt die Einführung des Goldguldens zu 100 Heller gemäß dem Werte des Pfund Sterling vor. Es soll eine Emissionsbank gegründet werden, die Banknoten ausgeben wird. Das Ausgaberecht soll der Bank zunächst für 30 Jahre übertragen werden. Es soll eine selbständige Bank unter Staatsaufsicht sein. Das Aktienkapital soll 20 Millionen Gulden betragen, von denen 25 Prozent sofort eingezahlt werden müssen. Es soll steuerfrei bleiben, muß jedoch zwei Drittel des Reingewinns der Freien Stadt abgeben, insofern der verteilte Gewinn mehr als 4 Prozent beträgt. Auf den Kopf der Bevölkerung sollen 100 Goldgulden und 500 Gulden in Banknoten ausgegeben werden. Vom Tage der Einführung der neuen Valuta an soll die deutsche Mark als ausländisches Geld betrachtet werden.

†* **Organisation der Liga für Menschenrechte in Danzig.** Die deutsche Liga für Menschenrechte beabsichtigt eine besondere Organisation in Danzig zu schaffen. Die Liga für Menschenrechte ist international und hat ihren Hauptsitz in Paris. Die deutsche Abteilung steht in Verbindung mit dem deutschen Friedenskartell in Berlin und dem internationalen Friedensbureau in Bonn, vor allem aber mit der Verbrüderungsorganisation der französischen Liga und der „Gesellschaft der Fabier" in England. Zweck der Organisation ist die Einigung der Völker und die Anerkennung ihrer wirtschaftlichen und gerichtlichen Rechte. Zu der deutschen Liga gehören die Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrumsleute. Die Danziger Abteilung wird vermutlich in der Richtung auf eine Verständigung der Danziger Deutschen mit den Polen arbeiten.

†* **Sicherung des Verkehrs mit Deutschland.** Deutsche Kreise organisieren, um den ungehinderten Verkehr Danzigs mit Deutschland auf dem Seewege zu sichern, eine Schiffsverbindung zwischen Swinemünde und Danzig einerseits, Danzig und Pillau andererseits.

†* **Über die Entwicklung der Danziger Handelsflotte** bringt das Danziger Statistische Amt folgende Daten: Seit der Loslösung vom Deutschen Reich besitzt Danzig eine eigene Handelsflotte, die im ersten Jahre 21 Schiffe mit einem Schiffsraum von 12 646 Tonnen netto umfaßte. Am 1. Juli d. Js. besaß Danzig 50 Schiffe mit einem Schiffsraum von 59 487 Tonnen, darunter 39 Dampfer, einen Motorsegler, 3 Segelschiffe und 5 Transportboote. Im Vergleich zum letzten Vorkriegsjahr ist die Tonnage um 45 Prozent gewachsen.

Aus aller Welt.

Tschechenfeindliche Demonstrationen in der Slowakei. Dieser Tage fand in Zwoleń in der Slowakei eine große Versammlung von Arbeitslosen statt, die sich in eine große antitschechische Demonstration verwandelte. Die Demonstranten drangen in die Wohnungen und jagten alle tschechischen Ankömmlinge und alle tschechischen Beamten fort, zerschlugen die Scheiben der Ämter und zerstörten Einrichtungsgegenstände. Die Tschechen wagten es nicht, sich auf der Straße zu zeigen. Erst Polizei und Militär stellten mit Mühe die Ordnung wieder her. — Auch in Karpathoruthenien sind Unruhen ausgebrochen. In Ungwar überfielen ruthenische Arbeiter dort angekommene tschechische Arbeiter und zwangen sie, den Bezirk zu verlassen. Die tschechische Regierung hat diese Arbeiter in der Befürchtung einer antitschechischen Revolution abtransportiert.

Interparlamentarische Konferenz in Kopenhagen. In Kopenhagen hat die große interparlamentarische Konferenz begonnen, an welcher 265 Parlamentarier aller Länder teilnehmen werden. Auf der Tagesordnung steht eine Reihe wichtiger Sachen, zum Beispiel die parlamentarische Kontrolle der Außenpolitik, ferner die Fragen der Kolonialmandate, der nationalen Minderheiten und der allgemeinen Entwaffnung. Über das letztere Thema wird Lord Cecil sprechen.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal (z. Zt. beurlaubt).
Verantwortlich: für Politik: Dr. Martin Meister; für Stadt und Land: i. V. Robert Styra; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil: Robert Styra; für den Anzeigenteil: i. V. B. Sikorski. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

Statt Karten.

Heute mittag 12 Uhr verschied nach langem, qualvollem Leiden mein inniggeliebter Mann, unser gutes Väterchen, mein treuer Schwiegersohn, Bruder und Schwager,

der Gutsbesitzer

Ferdinand Wernicke

im 58. Lebensjahre.

Im Namen aller Hinterbliebenen in herbem Schmerz

Minna Wernicke,
geb. Mau.

Wernickeshof, den 18. Juli 1923. [8167

Die Beerdigung findet Sonntag, den 22. d. Mts., nachm. 5 Uhr in Tarnowo vom Trauerhause aus statt.

Gebühren-Erhöhung am städtischen Schlachtviehhof.

Infolge der beträchtlichen Lohnerhöhung und Preissteigerung von Kohle und dergl., erhöht der Magistrat die von der städtischen Schlachtviehhof-Verwaltung erhobenen Gebühren wie folgt:

1. Schlachttarif.

Je Pferd	90 000.—	Je Ziege	15 000.—
„ Rind	90 000.—	„ Ferkel	6 000.—
„ Schwein	50 000.—	„ Lamm	5 000.—
„ Kalb	25 000.—	„ Fohlen	60 000.—
„ Schaf	15 000.—		

2. Auswärtiges Schlachten.

Für Beschau, Untersuchung und dergl. von Fleisch, das auswärts geschlachtet wurde, werden die im Tarif 1 genannten Preise gerechnet.

Für Untersuchung von Fleisch (Wildschwein) auf Trichinen . . . 12 000.—

3. Stallgeld.

Je Pferd	3 600.—	Je Schwein	1 200.—
„ Rind	3 000.—	„ Kalb, Lamm, Ziege	600.—

4. Wiegegeld.

Je Pferd	4 800.—	Je Kalb	1 200.—
„ Rind	4 800.—	„ Schaf, Lamm, Ziege	600.—
„ Schwein	2 400.—	„ Fleisch dgl. je 50 kg	600.—

5. Billige Fleischbänke.

Benutzung der Fleischbänke:

Je Rind	24 000.—	Je Ziege	6 000.—
„ Schwein	12 000.—	„ Verkauf v. Fleisch	
„ Kalb und Schaf	6 000.—	in einzeln. Vierteln	500.—

Benutzung der Kochgeräte:

Je Rind	36 000.—	Je Kalb und Schaf	6 000.—
„ Schwein	18 000.—	„ Ziege	6 000.—

6. Verschiedenes.

Benutzung der Hallen-Fleischhaken, je 24 Stunden	5 000.—
Benutzung der Durchgänge, je Monat	15 000.—
Für Atteste	6 000.—

7. Kühl- und Gefrierräume (vom 1. 8. 23).

Für ein Quadratmeter Kühlraum, jährlich	450 000.—
Für ein Quadratmeter Gefrierraum, jährlich	900 000.—

B) Fleischmarkt (vom 15. 7. 23).

1. Marktabgaben einschl. Zufahrt.

Je Pferd	15 000.—	Je Schaf und Ziege	3 000.—
„ Rind	15 000.—	„ Ferkel	1 000.—
„ Schwein	6 000.—	„ Magerschwein	2 500.—
„ Kalb	5 000.—	„ Lamm	1 000.—

2. Stallgeld wie im Schlachtviehhof.

3. Verschiedenes.

Für Einladen eines 1/2 Waggons	6 000.—
Für Einladen eines 1/1 Waggons	12 000.—
Für Verwiegen	5 000.—
Für Verwiegen eines Waggons	4 000.—
Für Entladen eines Stockwerkwaggons	36 000.—

Von Tieren, die für die Ausfuhr außerhalb der Stadt Posen bestimmt sind, wird eine Ausfuhrsteuer in 4 facher Höhe der Marktabgabe erhoben.

Der Magistrat.

Für die Richtigkeit:
Unterschrift (—) unleserlich
Bürovorsteher.

Selbstkäufer sucht

Rittergut

von 1500—2000 Morgen zu kaufen.
Nur besseren Boden, gute Gebäude.
Eilofferten unter 8156 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Gut eingerichtete, größere Kartoffelflocken-Trocknungsanlage

mit guter Bahnverbindung gegen Barzahlung zu kaufen gesucht.
Näheres unter Angabe des Systems erbitten unt. Nr. 8168 an die Geschäftsstelle dieses Blattes zu richten.

Güter

u. Restgüter bis zirka 1000 Morgen sucht sofort zu kaufen.
Dom Handlowy M. Buschke
Poznań, 27. Grudnia 18.
Telephon 1758.

Kaufe

Lokomobilen,
Motore,
Dampfdreschmasch.
Off. mit Alter, Fabrikat, Heizfläche und Preis erbeten.
G. Scherfke, Posen W. 6.

Rote und schwarze
Johannisbeeren,
Himbeeren,
Erdbeeren,
Aepfel, (693
Sauerkirschen,
kaufen während der Saison in größeren Mengen
Domagalski i Ska.,
Fruchtsaftpresserei,
Poznań, św. Marcin 34.

Sofort lieferbar:

Chamisso's Werke

in 1 Band gebunden.
Geschenkausgabe,
eleg. gebunden.
Mk. 72 000.
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Zwierzyniecka Nr. 6.
Abtl.: Versandbuchhandl.

Lampenschirme

(inkl. Nachttischlampen)
billig zu verkaufen. (8170
Lewinsohn b. Ullich,
Dąbrowskiego 36 I r.

Besitzer einer 50 Morgen großen Landwirtschaft, evgl., mittelgroß, Anfang 30, wünscht sich mit Landwirtstochter im Alter von 20—25 Jahren zu verheiraten. Einheiratung in größerer Landwirtschaft bis 200 Morg. und darüber nicht ausgeschlossen, da derselbe über ein größeres Vermögen verfügt. Offerten mit Bild, welches zurückgesandt wird u. Nr. 8153 a. d. Geschst. d. Bl.

Empfehlenswerte

Zeitschriften:

Die Woche,
Daheim,
Velhagen-Klasing's Monatshefte,
Westermann's Monatshefte,
Gartenlaube,
Für's Haus,
Bazar,
Elegante Mode,
Vobach's Frauen-Mode-Zeitung,
Europäische Modenzeitung (Herren-Journal).
Bestellungen nehmen jederzeit entgegen:
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Abt. Versandbuchhandlg.
Poznań,
Zwierzyniecka 6.

Zirkus Proserpi

Waly Zygmunta Starego
gibt Donnerstag bis Sonntag die

4 letzten Festvorstellungen

mit vollständig neuem Programm
Troika-Russ.
Karten-Vorverkauf an der Zirkuskasse.

Ostbank für Handel u. Gewerbe

Aktiengesellschaft zu Königsberg i. Pr.

Zu einer
am 3. August 1923, mittags 12 Uhr
im **Sitzungssaal unserer Bank in Königsberg i. Pr.**, Kneiph. Langgasse Nr. 11/12, stattfindenden

außerordentl. Generalversammlung

laden wir hiermit die Herren Aktionäre ergebenst ein.

Tagesordnung:

1. Beschlussfassung über die Erhöhung des Grundkapitals um 125 000 000.— auf Mk. 200 000 000.— durch Ausgabe neuer auf den Inhaber lautenden Stammaktien mit voller Gewinnberechtigung für das laufende Geschäftsjahr. Festsetzung des Mindestkurses der Ausgabe der neuen Aktien, der Begebungsbedingungen sowie der sonstigen Einzelheiten der Kapitalerhöhung; Beschlussfassung über Ausschluß der Bezugsrechte der Aktionäre.
2. Satzungsänderungen:
   a) Abänderung des § 5 (Grundkapital) gemäß den Beschlüssen zu Punkt 1) der Tagesordnung.
   b) Streichung des § 17 (Pflichtaktien der Aufsichtsratsmitglieder).
5. Wahl von Mitgliedern des Aufsichtsrats.

Diejenigen Aktionäre, welche in der Generalversammlung ihr Stimmrecht auszuüben beabsichtigen, haben gemäss § 27 unserer Satzungen:

1. bei **unserer Bank in Königsberg i. Pr.** und bei **unseren Zweigniederlassungen in Allenstein, Elbing, Insterburg, Landsberg a. W., Schwiebus, Stolp, Tilsit,**
2. in **Barmen:** bei dem **Barmer Bankverein Hinsberg, Fischer & Comp.,**
3. in **Berlin:** bei der **Preussischen Staatsbank (Seehandlung),** der **Darmstädter und Nationalbank,** der **Berliner Handels-Gesellschaft,** der Firma **Smoszewski & Oelsner, Kommanditgesellschaft,**
4. in **Breslau:** bei der **Darmstädter und Nationalbank, Filiale Breslau, vormals Breslauer Diskontobank,** der Firma **E. Heimann,** der Firma **v. Wallenberg-Pachaly & Co.,**
5. in **Danzig:** bei der **Danziger Bank für Handel und Gewerbe.**
6. in **Frankfurt a. M.:** bei der **Firma Gebr. Bethmann.**
7. in **Hamburg:** bei der **Firma Joh. Berenberg, Gossler & Co.,**
8. in **Halle a. S.:** bei dem **Halleschen Bankverein von Kulisch, Kaempf & Co., Kommandit-Gesellschaft a. A.,**
9. in **Leipzig:** bei der **Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt,**
10. in **Memel:** bei der **Memeler Bank für Handel und Gewerbe,**
11. in **München:** bei der **Bayerischen Vereinsbank,**
12. in **Posen:** bei der **Bank für Handel und Gewerbe, Poznań, Tow. Akc.**

a) ein doppelt anzufertigendes arithmetisch geordnetes Nummernverzeichnis der zur Teilnahme bestimmten Aktien einzureichen und
b) ihre Aktien oder die darüber lautenden Hinterlegungsscheine der Reichsbank oder Preussischen Staatsbank zu hinterlegen.

Dem Erfordernis unter b) kann auch durch Hinterlegung bei einem deutschen Notar oder einer sonstigen, dem Aufsichtsrat genügenden Stelle entsprochen werden. Die Hinterlegung hat spätestens am fünften Tage vor der Generalversammlung, den Tag der Hinterlegung und der Generalversammlung nicht mitgerechnet, zu erfolgen.

Königsberg i. Pr., den 6. Juli 1923.

Ostbank für Handel und Gewerbe.
Papenbrock. Dr. Böhm.

Der letzte Wille ...



„. . . Wenig Bargeld hinterlasse ich Euch, aber große Schätze, die Euch niemand rauben kann, weil sie in der Erde sicher ruhen. Das ist das Nährstoffkapital, welches ich alljährlich unserm Boden durch künstliche Düngung zuführte. Wenn Ihr es ständig ergänzt, wird es Euch reiche Zinsen tragen, darum:

Streut Kali in das Land

Alle Auskünfte über Düngungsfragen erteilt jederzeit: die Schriftleitung des „Landwirtsch. Zentralwochenblattes" Poznań, ul. Wjazdowa 3.

Wieder vorrätig:
Popliński - Dr. Loewenthal
Polnisches

Elementarbuch

geb. jetzt 24000 Mark
nach auswärts unter Einschreiben bei vorheriger Einsendung des Betrages 24500 Mark
unter Nachn. 25500 M.
Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., Poznań
Zwierzyniecka 6.

Stellengesuche

Suche zum 1. Oktober Stellung auf größ. Gute als

Gärtner

Bin 38 Jahre alt, jungverh., 10 Jahre b. Fach. Off. erb. an F. Maciejewski, Belencin, b. Wollstein. (8146

Junges Mädchen

welches schon im Büro tätig war, sucht Stellung, am liebsten auf dem Lande. Offert. u. 8138 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Deutsche Familien mit Hofgänger n. Deutschland gesucht.
Näheres durch Ww. Marie Schneider, św. Marcin 48.

Jung. Lehrerin

ungepr., a. 3 J. m. gut. Erf. a. höh. Privatsch. tätig, wünscht 3—4 Wochen Aufenthalt i. Forsth. od. a. Gut gegen Stundenert. u. Unterstütz. d. Hausfr. Gefl. Ang. u. „Ferien" 8161 an die Geschäftsst. d. Blattes.

Primaner (Gymn.) sucht

Landaufenthalt

gegen Erteilung von Unterrichtsstunden. Angebote unt. 8163 an die Geschäftsst. d. Bl.

Laden und Küche
sowie **Laden u. Stub**
sofort zu vermieten.
Leon Adamczewski,
Głogowska 76.

1 od. 2 möbl. Zimmer

(nur Oberstadt)
von sol. Herrn per 1. August gesucht. Offert. unter 8169 an die Geschäftsst. d. Blattes

Weiß. Pompadour

mit Geldinhalt
auf dem Feldwege v. Poznań-Górczyn verloren. Wiederbringer erhalten Belohnung.
Małeckiego 12 II rechts.
Eingang b. d. Bäckerei Gonia.

Ankäufe u. Verkäufe

Gold. Herrenuhr

mit Sprungdeckel 14 karat.
Service z. Tee u. Kaffee
(französisch. Metall) verkauft billig. Strohmenger, Działyńskieg 9

Jagdhunde,

2 Kurz-, 2 Drahthaar, 4 Monate alt, gibt ab (814?
Förster Granowski, Gołaźnia, p. Strzyżewo.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A
Wolnica.
Freitag, 20. Juli, abends 7½ Uhr.
Sonnabend, morgens 7 Uhr, vorm. 10 Uhr, nachm. 4½ Uhr Mincha.
Sabbatausgang abends 9 U.
Sonntag, 22. Juli: Fasttag (9. Ab), abends 7¾ Uhr
Fastenende 8 Uhr 56 Min.
Werktags-Andacht.
Morgens 6¾ Uhr und abends 7½ Uhr.
Nach der Morgenandacht Lehrvortrag.

Synagoge B
(Israel. Brüdergemeinde),
Ulica Dominikańska.
Freitag, 20. Juli, abends 7¼ Uhr.
Sonnabend, den 21. Juli, vorm. 10 Uhr.

Bekanntmachung betreffend die neue Gewerbesteuer.

I. Auf Grund der Art. 52 bis 55 des Gesetzes vom 14. Mai 1923 betreffend die Gewerbesteuer (Dz. Urz. R. P. Nr. 58) werden die Gewerbesteuerzahler aufgefordert:

1. von jedem besonderen zu der 1. und 2. Kategorie der Handelsunternehmen zählenden Handelsbetriebe,

2. von jedem besonderen, zu den ersten fünf Kategorien der gewerblichen Unternehmen zählenden gewerblichen Betriebe,

3. von jeder gewerblichen Betätigung, die im Tarif (Art. 23) zu den Kategorien I und II (a und b) der gewerblichen Berufe zählt,

4. von jedem selbständigen freien Berufe

in der Zeit vom 1. Juli bis 1. August 1923 laut dem festgelegten Muster Erklärungen über den im Laufe des ersten kalendermäßigen Halbjahres des laufenden Jahres erzielten Umsatz abzugeben.

Diese Erklärungen sind an die betreffenden Steuerämter zu richten, wo auch die Formulare unentgeltlich ausgegeben werden.

Sämtliche zur öffentlichen Bekanntmachung ihrer Geschäftsberichte verpflichteten Unternehmen haben im obenbezeichneten Termine Umsatzerklärungen aller ihnen gehörenden Betriebe abzugeben, jedoch für jeden Betrieb besonders, und zwar sind die Erklärungen an diejenige Finanzkammer zu richten, in deren Bereich sich der Sitz des Vorstandes der Gesellschaft bzw. Unternehmens befindet.

Wer im obenbezeichneten Termine die Umsatzerklärung nicht abgibt oder in der Erklärung unvollständige (ungenügende) Angaben macht, unterliegt auf Grund des Art. 104 des Gesetzes einer Geldstrafe in Höhe von 100 000 bis 3 000 000 Mark.

Wer indessen, um sich selbst oder die von ihm vertretene Person der gesetzlichen Steuerpflicht zu entziehen, in der Umsatzerklärung wissentlich falsche Angaben macht, die dazu beitragen könnten, die gesetzliche Steuer zu verringern oder ganz aufzuheben, unterliegt auf Grund des Art. 106 des Gesetzes einer Geldstrafe in Höhe des zwei- bis zwanzigfachen Betrages der nichtveranlagten oder verringerten bzw. der Gefahr der Verminderung ausgesetzten Steuer, im Falle strafverschärfender Umstände außerdem einer Freiheitsstrafe bis zu 3 Monaten. Die Verhängung einer Strafe hebt aber die Verpflichtung zur Zahlung der Steuer nicht auf.

Alle oben nichtgenannten gewerblichen Steuerzahler können auch ihre Umsatzerklärungen einreichen, sie sind dazu jedoch gesetzlich nicht verpflichtet.

II. Was die Zahlung der Gewerbesteuer (vom Umsatz) in Form einer Nachzahlung vom 1. Januar bis Ende Juni 1923 anbetrifft, wird auf Grund der Art. 122 und 125 des vorletzten Teiles des Gesetzes folgendes angeordnet:

1. Alle Steuerzahler mit Ausnahme der zur öffentlichen Bekanntmachung ihrer Geschäftsberichte verpflichteten Unternehmen, sind verpflichtet, die Gewerbesteuer (vom Umsatz) für das erste Halbjahr des Steuerjahres 1923, nach Festsetzung der Steuerbeträge durch die Schätzungskommissionen und nach Versendung der Zahlungsaufforderungen, in drei gleichen Raten, und zwar am 15. Oktober, 10. November und 10. Dezember 1923, einzuzahlen.

2. Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und andere zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtete Unternehmen haben die Umsatzsteuer für das erste Halbjahr des Steuerjahres 1923 in drei gleichen Raten an folgenden Terminen zu zahlen: Die erste Rate im Laufe von 8 Tagen nach Zustellung der Zahlungsaufforderung, die zweite Rate am 15. November und die dritte am 10. Dezember 1923.

III. Sämtliche Handelsunternehmen der ersten beiden Kategorien sowie gewerbliche Unternehmen der ersten fünf Kategorien, unabhängig davon, ob sie zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtet sind oder nicht, haben auf Grund der Art. 56 und 122 des Gesetzes, angefangen vom Juli d. Js., die Umsatzsteuer für jeden Monat besonders zu berechnen und einzuzahlen. Die erste Einzahlung der monatlich zu berechnenden Umsatzsteuer hat deshalb für den Monat Juli bis zum 15. August 1923 zu erfolgen, wobei der 12. Teil der bereits in Form einer Vorausbezahlung für das ganze Steuerjahr geleisteten Summe, bzw. der 6. Teil dieser Summe, sofern sie im halbjährlichen Verhältnis gezahlt wurde, von der monatlichen Umsatzsteuer abgezogen werden kann. Gleichzeitig mit den monatlichen Einzahlungen sind auch die zugunsten der Selbstverwaltungsverbände zu entrichtenden Steuerbeträge (Art. 119 des Gesetzes) in Höhe von 0,5 Prozent vom Umsatz einzuzahlen.

IV. Falls die Einzahlung der Steuer in den oben unter II und III bezeichneten Terminen nicht erfolgt, so tritt Einziehung der rückständigen Steuer auf dem Wege der Zwangsvollstreckung ein unter gleichzeitiger Beitreibung einer 10prozentigen Verzugsstrafe.

Formulare für die Umsatzerklärungen kann man auch beim Magistrat, ul. Nowa 10 II (fr. Neue Straße) erhalten.

Posen, den 30. Juni 1923.

Großpolnische Finanzkammer.

Der Anbau der Wintergerste.

Die Wintergerste zeichnet sich durch eine höhere Ertragsfähigkeit aus als die Sommergerste. Ihr Anbau bringt eine besondere Verteilung der Bestell- und Erntearbeiten mit sich und ermöglicht auch die Einschaltung einer halbe Brachen für die Nachfrucht, z. B. Weizen. Dank ihrer frühen Reife ist sie eine der besten Deckfrüchte für Untersaaten. Ihre Winterfestigkeit nähert sich in den besseren Sorten derjenigen von Weizen und Roggen; gegen langandauernde rauhe Frühjahrswitterung sind allerdings alle Wintergersten auch heute noch empfindlich.

Hinsichtlich der Ansprüche an Boden und Düngung ist folgendes zu sagen: Die Wintergerste liebt einen guten Boden, der in hoher Kultur steht und nicht leicht austrocknet. Auf armen Böden gedeiht sie mangelhaft; ohne eine ausgiebige direkte Düngung mit Kunstdüngern ist daher erfolgreicher Wintergerstenbau kaum möglich.

Außerordentlich dankbar sind alle Wintergerstensorten genau so wie die Sommergerste für Kali. Kräftige Kalidüngungen erhöhen den Stärkegehalt, die Lager- und Winterfestigkeit der Gerste. Man verabfolgt daher je Hektar 200 Kilogramm 40%iges Kalidüngesalz. 2 bis 3 Doppelzentner Thomasmehl oder Superphosphat werden am besten mit dem Kalisalze kurz vor dem Ausstreuen gemischt und einige Wochen vor der Aussaat der Wintergerste ausgestreut. Als Stickstoffdünger verwendet man auf stickstoffarmen Böden im Herbst einige Tage vor der Saat etwa 40 Kilogramm schwefelsaures Ammoniak pro Hektar, während man im Frühjahr, noch möglichst vor Erwachen der Vegetation, etwa bis zu 1 Doppelzentner pro Hektar als Kopfdünger geben kann. Unnötige und übermäßig starke Stickstoffgaben erhöhen die Lagergefahr.

Man rechnet bei Drillsaat 120—160 Kgr. Gerste pro Hektar. Am besten steht Wintergerste nach Ölfrüchten, Grünfutter und Klee. Nach letzter Frucht erübrigt sich auch meist eine Stickstoffdüngung vollständig. Die genannten Vorfrüchte gestatten eine möglichst frühzeitige und sorgfältige Bodenbearbeitung bis Mitte August, so daß die Saat rechtzeitig im September in den Boden kommt.

Als besonders anbauwürdige Sorte wird die in der Saatzuchtwirtschaft Sobotka gebaute Wintergerste empfohlen, die von der Posener Saatbaugesellschaft Poznań, ul. Wjazdowa 3, bezogen werden kann.

Aus Stadt und Land.

Posen, 20. Juli.

Gründung

der Genossenschaft „Leviatan", G. m. b. H., in Thorn.

Die Landesversammlung der Schafzüchter Polens, die am 12. und 13. März 1923 in Thorn tagte, hat gemeinschaftlich mit dem Schäfereiverband Pommerellen die Notwendigkeit erkannt, eine chemische Wollwäscherei zu gründen, die zur Regulierung des Wollmarktes beitragen soll.

Das gewählte Komitee hat am 12. Juli d. Js. die Wollproduzenten zu einer Versammlung einberufen. Es wird eine G. m. b. H „Leviatan" gebildet, die sich mit dem Ankauf der maschinellen Einrichtung, Sammlung der nötigen Gelder und der Beschaffung der Unterbringungsräumlichkeiten befassen soll. Die geplante Gesellschaft hat folgende Ziele: 1. Ausschluß des die Wollproduzenten ausbeutenden Zwischenhandels; 2. Unmittelbaren Absatz der Wolle im gewaschenen Zustande an die Industrie unter bestmöglicher Verwertung; 3. Loslösung des Wollproduzenten vom Zwischenhandel durch Vorschußleistungen; 4. Erzielung höherer Wollpreise als im gewöhnlichen Handel durch a) enge Beziehung zur Industrie, b) Konzentration, sachgemäße Sortierung und Verkauf größerer Sammelkollektionen, c) Ausübung von Lohnwäscherei, welche den Produzenten in die Lage versetzt, die gewaschene Wolle evtl. selbst zum höheren Preise abzusetzen; 5. Teilnahme des Wollproduzenten am Reingewinn und Vermögen der Wäscherei.

Die Tatsache, daß in Polen eine Wollwäscherei, die auf der Beteiligung der Wollproduzenten fußt, noch nicht vorhanden ist, und daß die wenigen den einzelnen Webereien angeschlossenen Wäschereien nur für eigenen Bedarf eingerichtet sind, ergibt die Notwendigkeit der Gründung

Die Kosten der Einrichtung dürften nach den gemachten Kostenanschlägen etwa 250 000 Złp = 250 000 Schw. Fr. betragen. Hierzu kämen noch die Kosten der erforderlichen Baulichkeiten. Da jedoch die Möglichkeit besteht, die Wollwäscherei mit einem verwandten, schon bestehenden Unternehmen in Thorn oder Umgegend zu verbinden, so werden sich diese Ausgaben wesentlich vermindern. Da die Wollwäscherei sich ausschließlich in Händen der Wollproduzenten befinden soll, werden die Kosten auf die Kopfzahl der vom Einzelzüchter besessenen Schafe derart umgelegt, daß jedes Mitglied pro Schaf den Gegenwert von mindestens 3 Złp. = 3 Schwfr. einzahlen muß. Die Höchstgrenze des gesamten Anlagekapitals kann gegenwärtig, zumal die Organisation sich noch im Entwicklungsstadium befindet, noch nicht festgesetzt werden. Die Goldwährung ist als Grundlage angenommen worden, um einer etwaigen bis zum Tage der Einzahlung eintretenden Valutaentwertung vorzubeugen. Diese Grundlage ist auch daher gewählt worden, um keine Nachzahlungen erheben zu müssen. Die Zahlung erfolgt bei Aufforderung des Komitees, wenn der Ankauf von Maschinen stattgefunden hat. Die Einzahlungen werden in Markwährung geleistet, und zwar in zwei gleichen Raten am 1. September und 1. November d. Js. an die Bank Związku Spółek Zarobkowych in Thorn für Konto Hurt Rolny und Rechnung „Leviatan". Die erfolgten Einzahlungen werden den Aktien der Gesellschaft gutgeschrieben.

Zur Deckung der entstehenden Organisationsunkosten ist 1 Prozent der gezeichneten Summe an das obengenannte Konto sofort bei der Zeichnung als Eintrittsgeld einzuzahlen. Dieser Betrag ist nicht rückzahlbar.

Die Beitrittserklärungen sind bei der Pomorska Izba Rolnicza in Thorn erhältlich. An diese sind auch die Zahlungserklärungen zu richten. Wollproduzenten aus der Wojewodschaft Posen wollen die ausgefüllten Antragsformulare an die Wielkopolska Izba Rolnicza in Posen, ul. Mickiewicza 33, einsenden.

Schikane?

Heute wird uns ein Schreiben des ehem. Wohnungsbauvereins (Spółdzielnia budowlana polskich urzędników) gezeigt, welches am 10. Juli geschrieben ist, aber erst am 17. Juli in den Besitz des Empfängers gelangte und in dem etwa folgendes zu lesen ist: „Wir teilen Ihnen mit, daß Sie bis zum 1. August 1923 Ihren Untermieter aus Ihrer Wohnung entfernt haben müssen, andernfalls Ihnen von uns aus Ihre derzeitige Wohnung gekündigt wird." Abgesehen davon, daß ein so spät zugestelltes Schreiben den Mieter gar nicht in die Lage setzt, seinem Untermieter unter Einhaltung der gesetzlichen Frist zu kündigen, abgesehen davon, daß bei der heutigen Wohnungsnot und den vielen Studierenden usw. jedes freie Eckchen gebraucht wird, kann auch der Beamtenwohnungsbauverein auf keinen Fall so ohne weiteres eigenmächtig vorgehen. Vergegenwärtigen wir uns nur einmal die Lage, wenn das alle Hausbesitzer tun wollten, nachdem sie es bereits jahrelang geduldet haben? Welche Zustände, welche neue Erregung würde in Posen Platz greifen! Man darf auf keinen Fall vergessen, daß die Bewucherung durch Zimmervermieten nicht überall getrieben wird, und man darf auch nicht vergessen, daß es viele alte Witwen und alte Rentner gibt, denen heute kaum noch irgendwo sich eine Lebensmöglichkeit bietet und die dadurch, daß sie ein oder zwei Zimmer vermieten, sich einen kleinen Lebensunterhalt sichern. Diese Frage wäre einer näheren Prüfung wert. Daß der Beamtenwohnungsbauverein aber so ohne weiteres innerhalb weniger Tage alle Mieter vor eine vollendete Tatsache stellen will, kann auf keinen Fall gutgeheißen werden.

Allerlei Rücksichtslosigkeiten.

Was sich die Chauffeure an Rücksichtslosigkeit erlauben, übersteigt alles Maß. Verläßt so ein Auto früh zwischen 3 und 4 Uhr die Garage, läßt der Führer die Hupe andauernd ertönen. Wozu? Um diese Zeit sind die Straßen menschenleer, ja nicht einmal — wie die polnischen Blätter dieser Tage aus Anlaß eines Vorkommnisses feststellten — ein Polizist zu sehen; es werden also unnötigerweise die Bewohner der Straßen in der Nachtruhe gestört. Oder ein Auto wartet schon zu früher Morgenstunde auf einen Fahrgast. In diesem Falle muß die Hupe als Wecker dienen. Die Hausbewohner und Nachbarn werden aus dem Schlafe gescheucht, und nur der Betreffende, dem es eigentlich gilt, schläft wie ein Murmeltier, weil vielleicht die mitgebrachte „Bettschwere" noch zu gewichtig ist. Oder — wie es diese Nacht war — ein Teil der Familie kehrt erst spät abends von einem Ausflug heim. Die Zuhausegebliebenen schlafen natürlich schon. Die Heimgekehrten hatten den Hausschlüssel nicht mitgenommen und konnten nun nicht ins Haus. Erst versucht man's durch Rufen: „Habakuk!" oder so ähnlich, doch erfolglos. Dann wird wieder das „Nebelhorn" in Tätigkeit gesetzt — zur Freude aller Bewohner. Sich darüber aufzuregen oder an höhere Mächte zu appellieren, hat keinen Zweck, „denn es bleibt alles wie's gewesen, es bleibt alles wie's war." Man kommt sich manchmal wie ein Aal vor, der angeblich von der Natur auch dazu bestimmt ist, lebendig abgehäutet zu werden.

Die Gnesener Kirchenräuber verhaftet?

Aus Lodz wird gemeldet: Die Lodzer Kriminalpolizei bekam aus Gnesen die Nachricht, daß die Räuber, die die Gnesener Kathedrale beraubten, in einem dunkelgrünen Auto nach Lodz geflüchtet sind. Sofort wurden hier die weitesten Maßnahmen getroffen, und gestern gelang es der hiesigen Polizei, die Diebe dingfest zu machen. An der Ecke der Petrikauer und Przejazdstraße bemerkten Kriminalbeamte ein Auto, das dem aus Gnesen beschriebenen völlig glich. Die Insassen desselben befanden sich im Garten „Tivoli". Die Beamten gingen in den Garten und verhafteten die Gauner, die sich als Warschauer Kaufleute ausgaben, sich jedoch bald als langgesuchte Verbrecher entpuppten. Sofort wurden nach Warschau die entsprechenden Meldungen gesandt. Eine weitere Untersuchung ist im Gange.

Diese Meldung ist vorläufig noch ziemlich dunkel und bringt eigentlich in die mysteriöse Angelegenheit noch keinen Funken Licht. Ob es sich hier nur um Verdächtige handelt, die verhaftet worden sind oder ob bereits die wirklichen Diebe dingfest gemacht wurden, wird wahrscheinlich noch im Laufe des Tages zu erfahren sein.

× **Das Fort St. Roch** am Städchen wird auf Anordnung des Kommandierenden Generals Rajzewski fortab die Bezeichnung Fort lek. dyw. Karola Marcinkowskiego (Fort des Divisionsarztes Karol Marcinkowski) führen. Damit soll das Andenken des verdienten Dr. Marcinkowski geehrt werden.

Wie rette ich Ertrinkende? Seit Eintritt der heißen Tage liest man Tag für Tag von Todesfällen beim Baden. Deshalb seien einige Regeln aufgefrischt, die der zu Hilfe Eilende beachten muß: Mußt du dem Ertrinkenden schwimmend zu Hilfe kommen, so wirf möglichst viel Bekleidungsstücke ab, auf jeden Fall aber Rock und Schuhe, Kragen aufmachen! Schütze dich gegen Umklammerung durch Heranschwimmen von rückwärts. Lerne hierzu Rückenschwimmen ohne Armbewegung. Verzweifelt um sich Schlagende erfasse im Nackengriff, der gegen die Gefahr der Umklammerung sicher schützt. Drücke den Kopf des Ertrinkenden von Zeit zu Zeit unter Wasser, bis er matt geworden ist, dann gehe zum Achselgriff über und bringe ihn in der Rückenlage ans Ufer. Bei Wiederbelebungsversuchen gelten folgende Regeln: Schicke sofort zum Arzt; befreie den Geretteten von allen die Atmung behemmenden Kleidungsstücken; reinige Mund und Nase und beginne die Atmungsbewegungen. Niemals darf man den Ertrunkenen auf den Kopf stellen, um so das Wasser zum Abfließen zu bringen! Niemals darf man versuchen, einem Menschen, der noch nicht das volle Bewußtsein wiedererlangt hat, irgend etwas durch den Mund einflößen zu wollen.

Gefährliches Kinderspiel. In der ul. Żórawia 8 (früher Annenstr.) stand gestern ein Wagen, auf dem sich eine Häckselschneidemaschine befand. Der vierjährige Edmund Seyde war auf den Wagen geklettert, hantierte an der Maschine herum und büßte auf diese Weise zwei Finger der rechten Hand und den oberen Teil des kleinen Fingers ein.

Der „gefundene" Bärenpelz. In Lodz wurde einer Frau ein Bärenpelz mit Krimmerkragen abgenommen. Sie gibt an, ihn auf der Chaussee, als sie aus Posen ging, gefunden zu haben. Ihre Aussage wird jedoch nicht auf Wahrheit beruhen und der Pelz von einem Diebstahl herrühren. Der Eigentümer kann sich bei der Kriminalpolizei in Lodz melden.

Herrenlose Sachen. Im 7. Kommissariat, ul. Staszyca (fr. Moltkestraße) liegen verschiedene Sachen, die beschlagnahmt worden sind und teilweise schon herausgegeben wurden. Noch nicht rekognosziert sind folgende Sachen: eine Serviette mit dem Monogramm E. G., ein weißes Tischtuch, ein neues gesticktes Handtuch, eine geblümte Tischdecke, zwei farbige Gardinen und ein 2 Meter langer Schleier. Der Eigentümer bzw. die Eigentümer können im betreffenden Kommissariat nachfragen.

Gestohlene Uhr. In Wieluń (fr. Filehne) wurde einem Bettler eine silberne Uhr mit der Nummer 935 abgenommen. Der Bettler gibt an, die Uhr in einem Dorfe, auf das er sich nicht mehr besinnen kann, aus einem unverschlossenen Zimmer von der Wand gestohlen zu haben. Der Eigentümer kann sich in der Polizeikommandantur Czarnikau melden.

Diebstahl amerikanischer Kreditbriefe. Einem Durchreisenden aus Amerika wurden in Warschau Kreditbriefe mit der Nr. B. 8803 und B. 10 016, ausgestellt von der kalifornischen San Rafael-Bank auf den Namen Alexander Skevits, auf 980 Dollar lautend, gestohlen.

* **Berent,** 11. Juli. Der „Pomorzanin" berichtet über verbrecherische Dummenjungenstreiche, die leicht unübersehbares Unheil anrichten könnten. So bemerkte der Zugführer des nach Chojnice fahrenden Zuges von weitem eine quer über dem Bahndamm liegende Person. Beim Halten des Zuges stellte man fest, daß unbekannte Täter eine in Mannskleidern ausgestopfte Puppe über die Schienen gelegt hatten. Am nächstfolgenden Tage bemerkte man in der Nähe von Kościerzyna eine verkehrt auf die Schienen eingelegte Hemmvorrichtung, die man noch rechtzeitig entfernen konnte. Die leichtsinnigen Täter geben sich anscheinend keine Rechenschaft über das Unheil, das solche Dummenjungenstreiche anrichten können. Es ist nur zu bedauern, daß man die Täter bisher nicht ermitteln und einer exemplarischen Bestrafung zuführen konnte.

Inowrocław, 14. Juli. Auf dem Bahnhofe kamen zwei Eisenbahner, die bei der Reparatur einer Maschine beschäftigt waren, unter die Räder einer in die Remise einlaufenden Lokomotive. Dem einen wurde hierbei der rechte Fuß zerquetscht, der andere trug erhebliche innere Verletzungen davon.

* **Strelno,** 13. Juli. Hier ist am Sonntag das Wohnhaus der Besitzerin Frau Maria Skrydlewska niedergebrannt. Als der Brand um 1/2 4 Uhr morgens bemerkt wurde, schlugen bereits die Flammen aus dem Hause heraus. Zwei im ersten Stock wohnende Damen konnten nur mit großer Mühe gerettet werden. Der Schaden ist recht bedeutend.

* **Aus dem Landkreise Thorn,** 15. Juli. Eine Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer zwecks Ausgleichs des Fehlbetrages im Budget wurde im Kreistag beschlossen. Erhoben sollen werden 400 000 Proz. der Grundsteuer sowie 200 000 Proz der Gebäudesteuer, beide aus dem Jahre 1924. Gleichzeitig soll eine Kreissteuer für Automobile, Luxuswagen und Luxuspferde erhoben werden, deren Höhe jedoch noch nicht festliegt. Zur Aufstellung von Dampfmaschinen (Dampfkesseln) ist laut Bekanntmachung des Starosten im Kreisblatt eine spezielle Erlaubnis der Wojewodschaft erforderlich. Bei Aufstellung von Dampflokomobilen im Freien (zum Dreschen am Schober z. B.) ist eine Genehmigung nicht erforderlich, dagegen jedoch für Lokomobilen, die unter Dach festgemauert stehen und industriellen Zwecken dienen.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

□ **Lublin,** 17. Juli. In Lublin brannte infolge Blitzschlages das Postamt nieder, wobei zwei Personen ums Leben kamen. Zu dem Brand werden folgende Einzelheiten gemeldet: „Die Apparate wurden vom Personal gerettet, die Wertsendungen nach dem Bahnhofspostamt und die Hauptkasse nach der Polizeikommandantur gebracht. An der Rettungsaktion beteiligten sich Stadt- und Landfeuerwehr und eine Abteilung der Freiwilligen Feuerwehr. Sie trafen mit gewisser Verspätung ein, da sie mit der Löschung von Feuersbränden beschäftigt waren, die in der Umgegend von Lublin der Blitz verursacht hatte. Zum Raub der Flammen wurde das Dach und das zweite Stockwerk, wo sich die Telephonstation und der Telegraphensaal befanden. Das erste Stockwerk und das Parterre wurden verschont. Als Ursache des Brandes wird auch Kurzschluß angegeben. Die Untersuchung ist im Gange. Um 10 Uhr 20 Min. wurde das Feuer lokalisiert. Die Verluste sind groß. Das Telegraphenbureau amtiert im benachbarten Lokal.

Aus Polnisch-Schlesien.

* **Bismarckhütte** 16. Juli. Hier wurden aus dem Zeitungskiosk Schega sämtliche deutschen Zeitungen von sattsam bekannten Fanatikern geraubt und zerrissen. Auf Befragen des Kioskinhabers, weshalb die in dem polnischen Zeitungsstand „Ruch" ausgestellten deutschen Zeitungen nicht demselben Schicksal anheimfielen, wurde erklärt, daß man hierzu keine Genehmigung hätte.

* **Kamionka,** 16. Juli. Ein schweres Schadenfeuer wütete in Kamionka bei Nikolai. Ein Mann verbrannte dabei, verschiedene Mädchen erhielten schwere Brandwunden.

* **Schoppinitz,** 16. Juli. Im Teiche zwischen Borki und der Brücke von Schoppinitz ertrank am Mittwoch in der achten Abendstunde der Eisenbahnsekretär Franz Wons. Seine Leiche konnte geborgen werden.

Neues vom Tage.

§ **Stürme in Berlin.** Über Berlin und Umgebung ging Sonntag abend ein schweres Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen nieder, das großen Schaden angerichtet hat. An der Monumentalbrücke im Süden der Stadt wurde von dem Sturm das Geländer beiderseits in einer Länge von etwa 10 bis 15 Metern abgerissen und beiseite geschleudert, so daß der Verkehr behindert wurde. Auf dem Kreuzberg wurden dicke Äste abgeknickt und ganze Bäume niedergerissen. Zwischen Adlershof und Niederschöneweide schlug der Blitz in einen Baum auf der Chaussee, als gerade ein Radfahrerverein die Stelle passierte. Der Baum stürzte in eine Gruppe Radfahrer, von denen zwei sofort getötet und verschiedene verletzt wurden. In Reinickendorf-Ost legte der Sturm eine neuaufgeführte Umfassungsmauer mit Stacheldrahtaufsatz in einer Länge von 100 bis 120 Meter glatt um. Durch den jäh einsetzenden Gewittersturm wurden auch zahlreiche Segelboote auf den Gewässern in der Umgebung Berlins zum Kentern gebracht. Die dabei verunglückten Personen konnten Sonntag abend nicht mehr mit Sicherheit festgestellt werden.

§ **Schiffszusammenstoß.** Infolge Nebels stieß in der Nähe von Yarmouth der schwedische Dampfer „Eldorado" mit dem spanischen Dampfer „Begonia" zusammen. Beide Schiffe gingen unter. Das englische Schiff „Sheridan" erlitt infolge des Nebels erhebliche Beschädigungen. Die Besatzungen der drei erwähnten Schiffe kamen infolge einer schnell organisierten Rettungsaktion mit dem Leben davon.

Handel und Wirtschaft.

Handel.

♂ **Polens Handel mit der Tschechoslowakei.** Die Tschechoslowakei führte im Jahre 1922 nach Polen Waren im Werte von 664 800 000 Kronen aus, während die Einfuhr aus Polen nur 324 000 000 Kronen ausmachte.

♂ **Fahrtbegünstigung für die Wiener Herbstmesse.** Für die in der Zeit vom 2. bis 8. September d. Js. stattfindende 5. Wiener Internationale Messe sind seitens des Bundesministeriums für Handel und Verkehr, der Südbahngesellschaft und der Eisenbahn Wien—Aspang folgende Begünstigungen eingeräumt worden: Messebesucher erhalten auf sämtlichen Linien der österreichischen Bundesbahnen, bei Fahrten auf Entfernungen von mehr als 150 Kilometern, gegen Vorweis des Messeausweises, ermäßigte Hin- und Rückfahrkarten, welche zur Benützung der Schnell- und D-Züge (ausgenommen Luxuszüge) ohne Entrichtung des tarifmäßigen Schnellzugszuschlages berechtigen. — Die Messe-Rückfahrkarten haben vom 1. September bis einschließlich 9. September 24 Uhr, Gültigkeit.

Wirtschaft.

♂ **Wirtschaftssorgen.** Fast alle Blätter beschäftigen sich jetzt hauptsächlich mit der Wirtschaftslage Polens. Bisher ist es noch keinem einzigen Ministerium geglückt, eine wirklich nennenswerte Besserung der polnischen Wirtschaftsstellung gegenüber der Welt zu erreichen. Die polnische Linkspresse sieht in den polnischen Gesandtschaften und Konsulaten im Auslande die Schuldigen. Diese Vertretungen hätten es bisher nicht verstanden, das Interesse des Auslandes für Polen wachzurufen. Polen habe ernste Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland und im größten Maße nicht einmal zu Frankreich. In den der Regierung nahestehenden Kreisen spricht man davon, daß Finanzminister Linde von einem ausländischen Finanzkonsortium eine Anleihe von einer Milliarde Schweizer Franken für Polen erhalten solle. Dafür werde das Tabak- und Alkoholmonopol verpachtet werden. (In einigen Finanzkreisen geht das Gerücht, daß diese Anleihe schon zustande gekommen ist. Jedoch sind sämtliche Linksparteien und auch die Nationale Arbeiterpartei gegen eine Verpachtung der Staatsmonopole.)

Für den Export aus Polen sind jetzt folgende stark erschwerende Bedingungen maßgebend: Vom 10. Juli ab muß jeder, der Waren aus Polen, selbst über die polnische Grenze Danzigs, ausführen will, eine Bescheinigung der polnischen Landesdarlehnskasse oder der Vertretungsbank haben. Diese Valutabescheinigung muß vor allen Dingen bestätigen, daß der Exporteur der Bank die Vollmacht zur Inkassierung der fremden Valuten erteilt hat. Denn nach der Verordnung des Finanzministeriums vom 12. Juli 1923 kann die Inkassierung nur durch die polnische Landesdarlehnskasse erfolgen. Diese wird die Devisen auf das Valutakonto des Exporteurs buchen. Die Exporteure können darüber verfügen im Sinne der Vorschriften durch Vermittelung der Devisenbank. Die Vertreterbanken können die fremden Valuten der Exporteure nur einen Monat halten. Die Provision der Banken darf nicht ein pro Mille überschreiten. Die Valutabescheinigung muß für jeden Transport erneut genommen werden. Ohne diese werden die Eisenbahnbehörden keine Wagen stellen, und die Zollbehörden können die Wagen nicht über die Grenze lassen. Jeder Exporteur muß ein spezielles Buch über fremde Devisen führen. Wer nun fremde Valuten zur Auszahlung nach dem Auslande benötigt, muß zuerst die Landesdarlehnskasse benachrichtigen und muß ihr die Original-Faktura vorzeigen.

Die Devisenbanken müssen auch über die Forderungen ihrer Klienten der Polnischen Landesdarlehnskasse genau Bericht erstatten. Der Grundsatz ist der: Man gibt nur so viel fremde Valuten zur Verfügung, um die Darlehnskasse nicht vollkommen zu schwächen. Wenn nun große Forderungen über fremde Valuten kommen, so müssen vor allen Dingen fremde Exporteure bevorzugt werden. In zweiter Linie kommen die Erfordernisse der Industrie, dann des Handels und dann alle anderen. Forderungen für Maschinen und für Gegenstände, die in Lande erzeugt werden, werden überhaupt nicht berücksichtigt.

Warschauer Vorbörse vom 19. Juli.

Deutsche Mark in Warschau	0,40
Dollar in Warschau	121 500
Englische Pfund in Warschau	560 000
Schweizer Franken in Warschau	21 320
Französischer Franken in Warschau	7130

Warschauer Börse vom 18. Juli.

Devisen:

Belgien	5870	Paris	7150
Berlin	0.50	Prag	3685
Danzig	0.50	Schweiz	21 500
London	564 750	Wien	1.65
Neuyork	123 000	Italien	5270

Berliner Börsenbericht

vom 18. Juli.

Disk.-Komm.-Anleihe	825 000.—	Schuckert	3 050 000.—
Danz. Priv.-Aktienbank	320 000.—	Hapag	1 900 000.—
Hartmann Masch.-Akt.	700 000.—	$3^1/_2$% Pos. Pfandbriefe	—.—
Phönix	251 000.—		

Devisenbörse hat keine Notierungen.

Danziger Mittagskurse vom 19. Juli.

Die polnische Mark in Danzig	187
Der Dollar in Danzig	286 000

Kurse der Posener Börse.

Bankaktien:	19. Juli	18. Juli
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VII. Em.	19 000—20 000	20 000
Bank Przemysłowców I. Em. o. K.	20 000—19 000	20 000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	48 000—50 000	48 000—47 000
Polski Bank Handl., Poznań I.-VIII.	24 000—25 000	22 000—23 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	5900	5600—5700
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	1800	1800
Bank Młynarzy	—,—	2500
Bank M. Stadthagen-Bydgoszcz I.—IV. Em. (exkl. Kup.)	20 000	—,—
Industrieaktien:		
Arcona I.—IV. Em.	36 000	26 000
Bydgoska Fabryka Mydeł I. Em.	—,—	7500
R. Barcikowski I.—IV. Em. o. Bezr.	28 000—30 000	20 000
Browar Krotoszyński I.—IV. Em.	200 000-220 000	150 000
Brzeski Auto I.—II. Em.	15 000	13 000
H. Cegielski I.—IX.	13 000—12 000	13 000—12 000
Centrala Rolników I.—VI. Em.	3400—3500	3500—3400
Centrala Skór I.—IV. Em. (o. Bzr.)	17 000—19 000	17 000
Cukrownia Zduny I.—II. Em.	600 000- 650 000	550 000
Dębienko I.—II. Em.	20 000—25 000	12 000
Garbarnia Sawicki, Opalenica I. Em. (ohne Bezugsr.)	35 000	28 000—35 000
Goplana I.—II. Em.	31 500	31 000—30 000
C. Hartwig I.—VI. Em.	7500—7000	7500—7000
Hartwig Kantorowicz I. Em. o. Bezr.	—,—	60 000—63 000
Hurtownia Związkowa I.—III. Em.	5000—6200	4000
Hurtownia Skór I.—III. Em.	30 000	25 000—30 000
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. o. Bzr.	75 000—80 000	65 000—75 000
Hurt. Spółek Spożywców I.-II. Em.	32 000	30 000
Juno I—II. Em.	—,—	13 000
Lakoma I.—II. Em.	30 000	26 000
Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	—,—	530 000-610 000
Dr. Roman May I.—IV. Em.	330 000-340 000	240 000-310 000
Pneumatik	7750—8500	7 000—7 500
Młyn Ziemiański I. Em.	30 000	30 000—31 000
Olejarnia Szamotuły I. Em.	—,—	40 000
Orient I.—II. Em.	7200	—,—
S. Pendowski I. Em.	—,—	16 000—16 500
Płótno I.—II. Em. (ohne Bezugsr.)	24 000—33 500	20 000—22 000
Papiernia, Bydgoszcz I.—III. Em.	18 000	15 000—16 000
Patria I.—VIII. Em.	17 000—19 000 —16 500	16 000—17 000 —16 500
Pozn. Spółka Drzewna I.-VI. Em. (ohne Bezugsrecht)	36 000—38 000	32 000—36 000
Bracia Stabrowscy (Zapałki) I. Em. (exkl. Zukaufsrecht)	55 000	55 0005
Spółka Stolarska I.—II. Em.	45 000—50 000	40 000
Sarmatia I.—II. Em.	35 000—33 000	—,—
Starogardzka Fabr. Mebli I. Em.	9000	7 000—8 000
Tkanina I.—IV. Em.	35 000	30 000—32 000
Tri I.—III. Em.	35 000	30 000
„Unja" (früher Bentzki) I. u. II. Em.	75 000—80 000	72 000—75 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em. (ohne Kup.) 21 u. 22	26 000	23 000—27 000 —25 000
Wisła, Bydgoszcz I.—II. Em.	—,—	260 000
Wytwornia Chemiczna I.—III. Em. ohne Bezugsrecht	7000—7500	8000—7000
Zjedn. Browar. Grodziskie I.-III. Em.	45 000	43 000—45 000